

# Korrespondent.

**Bezugpreis vierteljährlich 1 Mk., monatlich 35 Pf.**  
Abnahme von mehreren Exemplaren: bei Bestellung im Voraus durch mehrere Exemplare im Voraus und auf dem Wege der Bestellung durch die Post 1,20 Mk. oder 42 Pf. monatlich. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal mit 2 bis 3 Seiten und enthält Nachrichten aus dem Reich und den Provinzen, außerdem eine große Anzahl von Originalberichten mit nur mit deutscher Sprache abgefaßt. — Für Rücksendung ungenutzter Exemplare übernimmt man keine Verantwortlichkeit.

**Wöchentliche Gratisbeilagen:**  
8 seitig. illust. Unterhaltungsblatt  
m. neuest. Romanen und Novellen.  
4 seit. landwirtsch. u. handelswiss.  
mit neuesten Marktnotierungen.

**Anzeigenpreis** für die erste Zeile oberer Raum für Merseburg und Umgebung 10 Pf., für die übrigen 20 Pf., auswärts pro 20 Pf., im weiteren 40 Pf. Bei fortgesetzten Ges. mehrerer Zeilen: 20 Pf. für Erstzeilen nach Liebesruhezeit. Für Anzeigen und Offertenanfragen besondere Berechnung, nach Anweisung mit beifolgender Zahlungsanweisung. — Anzeigen für mehrere Zeilen: Anzeigen mit 10 Zeilen werden, wenn Anzeigen bis höchstens 9 Uhr, Samstagsanzeigen bis 10 Uhr vorrücken.

Nr. 11.

Mittwoch den 14. Januar 1914.

40. Jahrg.

## Die Novelle zum Landesverwaltungs-Gesetz,

die in vergangener Woche dem Herrenhause vorgelegt worden ist, beruht auf den Beratungen jener bekannten Immediat-Kommission, die die Regierung im Jahre 1909 eingesetzt hat. Nachdem zunächst im Verordnungswege neue Grundzüge für die vereinfachte Geschäftsabwicklung der Regierung, nachdem sodann im Jahre 1912 Gesetzesbestimmungen betreffs Erleichterung der Rechnungslegungsarbeit geschaffen worden sind, nachdem endlich auch eine neue Hinterlegungsordnung Anfang vorigen Jahres zustande gekommen ist, wird jetzt eine umfassende Novelle zum Landesverwaltungs-Gesetz vorgelegt, die gleichfalls in wesentlichen Teilen aus tatsächlichen Vorschlägen der Immediat-Kommission hervorgegangen ist. Indem wir uns vorbehalten, auf Einzelheiten des Gesetzesentwurfes zurückzukommen, erwähnen wir heute nur in großen Zügen, welche Reformen er einzuführen beabsichtigt ist.

Er bezweckt eine erhebliche Erleichterung und Beschleunigung der Geschäftsbearbeitung durch weitgehende Vereinfachungen des Verfahrens der Beschlußfassung, sowie durch Änderungen des Disziplinarverfahrens. Den Stützpunkt bilden die hohen Verwaltungsbehörden soll die Zulassung schriftlicher Beschlußfassungen erleichtert werden.

Die durch den Gesetzesentwurf vorgesehene Vereinfachung, in dem das sogenannte Bureau-System in allen Geschäftsbereichen der Regierung eingeführt wird. Beabsichtigt wird damit, der gesamten Regierung eine einheitliche Verfassung unter einheitlicher verantwortlicher Leitung zu geben, die Stärke der geschäftlichen Abteilungsabgrenzung, die eine zweckmäßige Verteilung der Arbeitslast und gleichmäßige Ausnutzung der vorhandenen Arbeitskräfte vielfach hindert, zu beseitigen und der Behörde eine größere innere Beweglichkeit zu schaffen. Da dieser Teil des Gesetzes allgemein interessiert, so geben wir den Artikel 5 hierunter wörtlich wieder. Er lautet:

In die Stelle der Paragraphen 17 bis 27 des Gesetzes treten folgende Paragraphen 17 bis 20:

§ 17.  
An der Spitze der Verwaltung des Regierungsbezirks und der Regierung steht der Regierungspräsident. Ihm werden Oberregierungsräte, Räte und Hilfsarbeiter, darunter nach Bedarf nach Richteramt befähigte (Substituten), beigegeben, die nach seinen Anweisungen die Geschäfte bearbeiten.

In den durch Gesetz oder königliche Verordnung bestimmten Fällen bedarf es einer beschließenden Mitwirkung der zu dem Geschäftsbereich gehörigen Regierungsmitglieder und der sonst nach jenen Vorschriften berufenen Beamten (vergl. § 158 d.).

In diesen Fällen (Abs. 2) entscheidet Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Regierungspräsidenten den Ausschlag.

§ 18.  
Die Regierungsabteilungen für Kirchen- und Schulwesen und für direkte Steuern, Domänen und Forsten werden aufgehoben. Die Geschäfte der gelösten Regierung werden, soweit nicht durch Gesetz und königliche Verordnung abweichende Vorschriften getroffen sind, von den Regierungspräsidenten mit den der Regierung zustehenden Befugnissen verwaltet.

§ 19.  
Der Regierungspräsident ist befugt, Beisitzer (§ 17 Abs. 2, 3), mit denen er nicht unveränderlich ist, außer Kraft zu setzen und entweder, sofern er den Auftragsinhalt der Sache für nachteilig erachtet, auf seine Verantwortung anzuordnen, daß nach jeder Ansicht verfahren werde, oder höhere Entscheidung einzuholen.

Der Regierungspräsident ist, soweit nicht in besonderen Gesetzen anders vorgeordnet ist, auch befugt, in den in § 17 Abs. 2 genannten Angelegenheiten allein unter persönlicher Verantwortlichkeit Verfügungen zu treffen, wenn er die Sache für eilbedürftig erachtet, im Fall seiner Anwesenheit an Ort und Stelle, eine sofortige Anordnung für erforderlich erachtet.

§ 20.  
Ein Oberregierungsrat wird mit der allgemeinen Stellvertretung des Regierungspräsidenten in Fällen der Behinderung beauftragt. Ist auch er verhindert, so geht die Stellvertretung auf einen anderen Oberregierungsrat über. Die zuständigen Minister sind befugt, in besonderen Fällen eine andere Stellvertretung anzuordnen.

Hierzu ist noch hervorzuheben, daß nach einer anderen Bestimmung der neuen Novelle für eine Anzahl von Geschäften der Schuldverwaltung, die auch bei ferneren Dezentralisationen unter allen Umständen in der Regierungsinanz verbleiben sollen, die beschließende Mitwirkung der Regierungsvertreter unmittelbar vorgeschrieben wird, während sonst nach § 17 die Geschäfte, bei denen den Regierungsmitgliedern ein mitentscheidendes Votum belassen wird, durch königliche Verordnung bezeichnet werden müssen. Bei dieser Gelegenheit sei gleich betont, daß ein wichtiger Teil der Verwaltungsreform, nämlich die Dezentralisation, in der vorliegenden Novelle wenig Beachtung gefunden hat. Man darf annehmen, daß dieser Mangel in einem späteren Gesetz ausgeglichen wird.

Der besseren organisatorischen Anpassung der Behörden an ihre Aufgaben sollen Vorschriften dienen über die Bildung der Kammer für Abgabefachen, über die Abteilungsabteilung bei den Bezirksausschüssen, über die Sitzungspräsenz bei den Bezirksbehörden für gewisse Angelegenheiten und über die erleichterte Herbeiführung technischer Beratung, endlich über die Einrichtung eines Disziplinargerichts, das die Vollversammlung der Regierung im Disziplinarverfahren erziehen soll.

Die Auflösung der Generalkommission in Königsberg und Übertragung der Generalkommissionsgeschäfte auf die obersten Gerichte und auf oberste Behörden der allgemeinen Landesverwaltung soll durch Beseitigung des Dualismus in Meliorationswesen, bei der Rentengutsbildung und bei der inneren Kolonisation — zunächst in den Provinzen Ostpreußen, Westpreußen und Posen — dazu beitragen, in diesen Geschäftszweigen die nötige Einheitlichkeit der Regierungstätigkeit zu sichern. Zur Durchführung dieses Punktes des Reformplans wird ein besonderes Gesetz erforderlich.

In den Abschnitten über die „Rechtsmittel gegen polizeiliche Verfügungen“ und über die „Zwangsbeschlüsse“ bringt der Entwurf endlich auch Vereinfachungen des Rechtsmittelswesens und der Instanzenzüge auf diesen allerdings beschränkten Gebieten.

## Zu den Verhandlungen der Kommission für Rüstungslieferungen

schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“:

Die zweektägigen Verhandlungen der Kommission zur Prüfung der Rüstungslieferungen haben, wie die veröffentlichten Berichte dazum, in feiner Weise die Besorgnisse in derer bewahrt, welche glauben, daß mit dem Einlegen der Kommission ein neuer Schritt auf dem Wege zum parlamentarischen System getan sei. Indem der Staatssekretär des Innern noch einmal bestimmt und klar feststellte, daß die Aufgabe der Kommission nicht in einer Kontrolle der laufenden Verwaltung bestehen könne, sondern nur in einer Prüfung und Erörterung der Methoden, in der im Heer und in der Marine bei der Vergabe von Lieferungen verfahren werde, führte er die Kommission auf das Gebiet, auf dem sie auch nach der Übergabe der Heeres- und Marineverwaltung wertvolle und dauernd nützliche Arbeit leisten kann. Die überaus lebhaften Verhandlungen, die in den beiden Sitzungstagen zwischen den der Kommission angehörigen Reichstagsmitgliedern und einer Reihe der Vertreter unserer größten wirtschaftlichen Betriebe stattfanden, führten im Rahmen der Kommissionsaufgaben zu Aussprachen, die auch vom allgemein politischen Standpunkte aus als wertvolle zu betrachten sind. Insbesondere gilt dies von der Klarstellung der Resolution, die der Reichstag bei der Verabschiedung der Wehrvorlage hinsichtlich der künftigen Art der Vergabe von Rüstungslieferungen gefaßt hat. Auf der anderen Seite zeigen die Aussprachen, mit welcher großer Mühe und Sorgfalt in den industriellen Betrieben an einer Vervollkommnung, insbesondere der

Kalkulationsmethode, gearbeitet wird, und damit an der Lösung der Wirtschaftlichkeit der einzelnen Unternehmung. Wenn auch schon bisher Heer und Marine eifrig befreit gewesen sind, durch Entsendung der mit dem technischen Betriebe beauftragten Beamten und Offiziere sich die Ergründungen der Privatbetriebe nutzbar zu machen, so kann es doch keinem Zweifel unterliegen, daß gerade auf diesem Gebiete sehr Erfolge zu erwarten sind. Die Arbeiten der beiden großen Militärverwaltungen mit den Vertretern der Industrie in der Kommission zu erwarten ist. Durch den Vorschlag des geschäftsleitenden Ausschusses der Kommission, für die wichtigsten Zweige der Rüstungslieferungen Referenten teils aus den Mitgliedern des Reichstags, teils aus den Vertretern der Industrie zu bestellen, die Hand in Hand mit den Referenten die Methode der Rüstungslieferungen prüfen, werden, wie schon jetzt zu erwarten ist, praktische Erfolge errungen, unbegründete Angriffe entkräftet, und damit unser öffentliches Leben vergiftete Auseinandersetzungen ausgeschaltet. Heer und Marine in ihrer nationalen Arbeit gestärkt und gefördert werden.

## Der Bedeutung des Hereros-Aufstandes.

Nach hier eingetroffenen Telegrammen haben die Hereros durch Eisenbahnbrücke bei Diona, etwa drei Kilometer südlich von Otahandja, durch Zerstörung der Telegraphenverbindung mit Windhoek die Fernmeldungen unterbrochen.

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel schredte dies Telegramm in der Frühe des 14. Januar per 10 Jahren die Gemüter in Deutschland auf. Am 12. Jan. war ein allgemeiner Aufstand der kriegerischen Hereros losgebrochen, und eine Epoche schwerer Kämpfe begann in den Kolonien, die die Wüste des Volkes zum ersten Male mit lebensgefährlicher Spannung nach der bisher mit völliger Gleichgültigkeit betrachteten Heimat im schwarzen Erdteil richteten, die deutsche Nation in ihrer Tiefe erregten und aus der bisherigen „Kolonialdrohenheit“ aufrüttelten. Das sind die gegenwärtigen Folgen des großen Hereros-Aufstandes gewesen, der zunächst einen jähzählenden Schicksalschlag für die junge Kolonie bedeutete. Die Überzeugung war damals allgemein, daß alles in Südwestafrika im tiefsten Frieden liege; die mächtigen Stämme der Hereros und Gontentotten, die alten Erbfeinde, die sich früher gegenseitig zerfleischt, hatten freiwillig miteinander Frieden geschlossen und schienen sich den deutschen Herren unterworfen zu haben. Aber dieser Friedensschluß umhüllte die Hereros und Gontentotten war gegen die Fremden erdberichtet gewesen; in ihm lag der Keim zu dem großen Aufstand von 1904; dies kriegerische Volk war nicht gewillt, sich friedlich zu unterwerfen und seinem harten Freiheits- und Unabhängigkeitsinstinkt zu entsagen. Sie wollten Selbständigkeit oder Unterang, und so griffen sie denn nach langen Vorbereitungen in einem günstigen günstigen Augenblick zu den Waffen. Die günstige Gelegenheit zur Empörung bot sich, als im Herbst 1903 der größte Teil der Schutztruppe aus dem Hererolande nach dem äußersten Süden zur Unterwerfung der aufständischen Bantustämme geschickt war. Die Hereros, die im ganzen etwa 10 000 Mann stark waren, hatten mit großer Berechnung ihre Absichten geheim gehalten und es gut verstanden, ihre inneren Gezeiten vor den Deutschen zu verbergen, daß ihnen der Ausbruch des Aufstandes völlig überraschend kam. Erst am 10. Januar trafen bedeutende Nachrichten von Zusammenrottungen ein, und die Nachrichten am 11. zeigten dann die Gefahr in ihrer ganzen Größe. Der Oberhauptling Saramueta Mabanza eroberte am 12. Januar, im ganzen mittleren Schutzgebiet alle Weihen, mit Ausnahme der Engländer und Missionare, zum Teil mit viehischer Grausamkeit zu ermorden, die Farmen zu plündern und alles Vieh, dessen sie habhaft werden konnten, zu fressen. Auch die Behörden waren durch diese Greuelthaten völlig überrascht. „Der Aufstand“, heißt es in einem Bericht des kaiserlichen Gouverneurs, „ist der Regierung wie den Millionen und Millionen gleich unerwartet gekommen. In nie möglich gehaltener Weise haben die Hereros ihre Absichten zu verbergen gesucht und sind dann mit einem Schlage losgegangen. Es war die reine historischste Welter. Ich hätte niemals an einen elementaren Ausbruch geglaubt, wie er jetzt erfolgt ist.“ Durch die tat-

frühe Verteidigung der kleinen deutschen Besatzungen, die bei dem Zug gegen die Bundesstaaten zurückgelassen worden waren, widerstanden alle größeren Stationen den Angriffen der Hereros; aber trotzdem wurde durch deren Wüten ein grenzenloser Schaden angerichtet. Gegen 150 Anführer und Soldaten fielen der Nordluft der Eingeborenen zum Opfer; die meisten erstirbt. Die anderen waren völlig erschöpft, wertvollste Beute, das Vieh, geräubt, was in mehr als 10-tägiger Arbeit unter den schwierigsten Verhältnissen und mit großen Kosten an Kulturwerten geblasen worden, das war so in wenigen Tagen vernichtet. Besonders schlimm war das Los der Frauen gewesen, aber auch sie hatten sich bewundernswürdig tapfer gehalten, und ohne zu zittern und zu verzagen, den Männern helfend zur Seite gestanden. Aber auch nachdem die ersten Angriffe abgeklungen waren, blieb die Lage fürchterlich ernst. Die schwachen Besatzungen der einzelnen Stationen konnten zunächst auf Hilfe nicht rechnen; erst am 18. Januar trat das kleine Kanonenboot „Sabich“ zur Unterstützung vor Southampton ein, und die Stadt wurde nun gesichert. In den am meisten bedrängten Ostküsten-Stationen und Omurru hätten sich aber die kleinen Besatzungen der gewaltigen Ufermacht nicht lange erwehren können, wenn nicht die Kompagnie des Hauptmanns Franke in Gemalmärigen vom Süden des Schutzesgebietes herbeigezogen wäre. Sie entsetzte in einem tapferen Siegeszuge die beiden Orte. Doch mußten dann noch schwere verlustreiche Gefechte geliefert werden, bis nach dem Eintreffen des großen Expeditionskorps aus Deutschland schließlich in der Entscheidungsschlacht am Waterberg der Unterang der Hereros befehligt wurde.

### Nachklänge von Jaberr.

Der Kaiser hatte der „Wölkischen Zeitung“ zufolge am Sonnabend zur Abendstunde ins Neue Palais den Generalstabchef v. Moltke und Kriegsminister v. Falkenhayn geladen, die ihm über die Entschuldigungen des Straßburger Militärgerichts in der Jaberner Angelegenheit Bericht erstatteten.

Der Gerichtsvorsteher im Prozeß Reuter, General v. Pletsch-Arbonne, hat, Blättermeldungen zufolge, die Forderung des Obersten v. Reuter telegraphisch dem Berliner Polizeipräsidenten v. Jagow und Herrn v. Döberitz in Zanzibar, dem Freunde unaufrichtiger Redensarten, mitgeteilt. Die „Deutsche Tageszeitung“ spricht ironisch von einem „fürstlichen Verleumdung“, das der Gerichtsvorsteher hiermit begangen haben soll. Wir finden es allerdings höchst auffällig, schreibt die „Fr. Ztg.“, daß ein Gerichtsvorsteher sich veranlaßt sieht, den Forderung, an dem er selbst mitgewirkt hat, sofort an zwei vollständig proklamierte Persönlichkeiten telegraphisch zu übermitteln, von denen die eine das geflügelte Wort vom „Leutnant und zehn Mann“ geschaffen hat.

Die Vorwürfe gegen die Jaberner Postbehörde, die Oberst v. Reuter in der Kriegsgerichtsverhandlung, nach dem Gerichtsbericht, erhoben hat, sind ungeschicklich. Die Jaberner Postbehörde ist, wie offiziell berichtet wird, einem Vertreter der Postverwaltung gegenüber erklärt, daß er eine so schwere Beschuldigung gegen das Postamt in Jaberr nicht habe ausprechen wollen, daß nämlich die Postbehörde in Jaberr Karten mit beleidigenden Angaben an Offiziere unbekanntend bestellt habe, während Karten, in denen das Verhalten der Offiziere gelobt wurde, zurückgehalten worden seien. Seine Aussage vor Gericht sei entsetzlich unregelmäßig vorgekommen. Die von der Post eingeleitete Untersuchung hat nun ferner ergeben, daß bei der nach vielen Hunderten stählenden Menge der in Jaberr für einzelne Offiziere eingegangenen Schmähtafeln tatsächlich eingegangenen Zustimmungspoliten um, sind nur zwei von Personal wegen Zweifels über die Zulässigkeit eines darin enthaltenen Ausdrucks zunächst beanstandet worden. Beide Karten sind aber auf Anordnung des Postamts den Empfängern ausgehändigt worden, und zwar ohne eine jede Verpöschung, die zweite auf dem nächsten Bestellgange.

In den Kronprinzentelegrammen hatte die „Militär-Politische Korrespondenz“, nach Mitteilungen von unterrichteter Seite behauptet, es werde schwerer Vertrauensbruch eines oder mehrerer Beamten im Amtsbezirk der Oberpostdirektion Straßburg angenommen oder bereits zugegeben. Die „Fr. Ztg.“ bemerkt hierzu, die „M. P. K.“ vermange dabei die Dinge in unsinniger Weise miteinander. An der ganzen Mitteilung sei kein wahres Wort. Ihre Behauptung von der Benutzung klar als unlauter erlangter Nachrichtenquellen und von einer Verletzung des Depeschengeheimnisses in Verbindung mit unehrenhaften Veröffentlichungen ist erlogen.

### Balkannachrichten.

Zur Ehrenrettung des Prinzen von Wied. Es ist bereits in Berlin entschieden demontiert worden, daß der Prinz von Wied beabsichtige, nach dem letzten Versuch der mohammedanischen Albaner, sich einen Führer in Zapt Bahjo zu schaffen, auf die Übernahme der Regierung in Albanien unter diesen schwachen Verhältnissen zu verzichten. In Wirklichkeit liegen die Dinge folgendermaßen.

Der Prinz bleibt bei seiner Grundforderung, daß er die tatsächliche Übernahme des Thrones in Albanien abhängig machen muß von der Befolgung der 75 Millionen Franken, die er als Grundkapital zur Errichtung eines zentralen Thrones in einem armen und nicht an Steuern reichen genannten Lande zu erhalten wünscht. Die vorgeschlagene Kollektierung der Großmächte für die Beschaffung dieser Summe soll nun nach römischer Aussage auf Schwierigkeiten in Berlin gestoßen sein, insofern die deutsche Reichsregierung keinen Willen sieht, diese Garantie ohne parlamentarische Bewilligung des Reichstages zu leisten, während man angeblich erwartet, daß sich im Reichstage aus den Sozialdemokraten sowie aus den

der Kandidatur des protestantischen Prinzen von Wied unfreudlich gemintem Mitglieder des Zentrums und der Polenfraktion eine ablehnende Mehrheit bilden könnte.

Infolge dieser formalen Schwierigkeiten in Deutschland hat Österreich-Ungarn in Italien angetrieben, die Garantien auf die beiden Vertragsmächte allein zu übernehmen. Darauf will aber die italienische Regierung nachsich nicht eingehen, weil sie es für unerwünscht hält, die Ausdehnung aller Garantiefürsorge für Albanien auf sämtliche Großmächte anzuregen und durchgesetzt hat. Es würde sich also heute bei dem allseitigen guten Willen der Mächte darum handeln, die formalen Schwierigkeiten, die bei der parlamentarischen Bewilligung in Berlin und auch in London bestehen könnten, zu überwinden und dadurch dem Prinzen von Wied das für die Übernahme der Regierung und des Thrones erforderliche Kapital zu schaffen.

### Von der deutschen Militärmission.

Wie man aus den offiziellen Veröffentlichungen der Porte über die Enthebung des Generals Viman von Sanders von seinem Kommando über das 1. Armeekorps schließen kann, scheinen die Türken kein ganz reines Gemischie bei dieser Maßnahme zu haben. Man gewinnt allmählich den Eindruck, als ob die Porte, was sie freilich ausdrücklich abgelehnt bemerkt ist, doch unter dem Einfluß der Triple-Entente gehandelt hat, und trotz aller gegenwärtigen Behauptungen eine Abschwächung der Wirkungskraft anderer deutschen Offiziere, und der Militärmission, nicht in Wahrheit beabsichtigt, doch dem Auslande gegenüber vorzugsweise betreibt. Vorläufig ist jedoch die verpöschigte Veränderung noch nicht durchgeführt worden.

### General Viman von Sanders noch im Kommando.

Konstantinopel, 12. Jan. Vorläufig ist General Viman von Sanders von seinem Kommando über das 1. Armeekorps nicht abberufen worden. Lediglich herrscht allgemein großer Unwille über die Verbreitung einer offenbar verkehrten Meldung durch ein anderes Ressort.

### Die Auffassung in Konstantinopel.

Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, sieht man in Fortsetzungen die Enthebung des Generals Viman von Sanders von seinem Kommando über das 1. Armeekorps zum Generalinspektoren des Armes und der Militärmission jetzt als endgültig an. Die Änderung in den General Viman zugeordneten Funktionen ist, wie offiziell erklärt wird, nicht die Folge irgend eines Schrittes seitens der Regierung, sondern ist ausschließlich der Initiative des Kriegsministers Canevaja zuzuschreiben, der in einer Besprechung mit General Viman von Sanders diesem seine Absicht mitteilte, ihm das Generalinspektoren über die Armee anzuvertrauen und die Last des Kommandos über das 1. Korps abzunehmen. General Viman von Sanders antwortete, er sei zur Reorganisation der osmanischen Armee, gleichgültig in welcher Eigenschaft, bereit. In Fortsetzungen wird übrigens gemeldet, daß diese Änderung geeignet sei, Augustin zu werden zu stellen.

### Keine Veränderung des Vizepräsidenten Mahmud Nispet.

Konstantinopel, 12. Jan. Nach den Mitteilungen, die den interessierten Kreisen von kompetenten Faktoren der Porte zugegangen sind, hat der Minister des Äußeren nicht daran gedacht, den türkischen Vizepräsidenten in Berlin, Mahmud Nispet, zu verwechseln.

### Politische Übersicht.

Im Saager Friedenspalast abgehaltene Besprechungen haben zur Gründung einer Akademie für Internationales Recht geführt.

Schmerzschlangen. Franz Kossuth ist sehr bedenklich erkrankt. Die Ärzte befürchten das Schlimmste. Der Abgeordnete hat sich mit der Gräfin Lepossanyi, mit der er sich vor kurzem verlobt hatte, trauen lassen.

Frankreich. Zum französischen Vizepräsidenten in Petersburg wurde am Montag im Ministerium der Direktion für politische und Handelsangelegenheiten im Ministerium des Äußeren, der französische Botschafter in Petersburg, der Baron de Delfosse, ernannt. Der französische Ministerpräsident Delcassé hat sich nunmehr nach Paris begeben.

Ägypten. Nach in Wien eingetroffenen Nachrichten hat in Kairo ein Zusammenstoß zwischen Deutschen und Franzosen stattgefunden, dessen Veranlassung der Flieger Bedrines gewesen sein soll. Auch in Beirut hat Bedrines nicht die besten Eindrücke hinterlassen, da sein Auftreten auch Franzosen gegenüber wenig höflich und korrekt war. Vor einer Veranlassung der „Union française“ hat der Flieger deutschfeindliche Reden gehalten, die auch außerhalb der deutschen Kolonie außerordentlich verurteilt haben. Da die „Union française“ international ist und der Präsident, ein Franzose, gegen die Äußerungen Bedrines nicht einschritt, sind sämtliche deutschen Mitglieder aus dem Verein ausgeschieden.

China. Die Auflösung des chinesischen Parlaments ist durch einen Erlass des Präsidenten Juanhsitai angeordnet worden. In seinem Erlass erklärt Präsident Juanhsitai, die Auflösung des Parlaments sei deshalb erfolgt, weil es unmöglich sei, eine Beschlußfähigkeit zu erreichen. Ein zweiter Erlass weist die Kommissäre nach, die das Parlament und die Wahlen betreffend Gesetze umzusetzen. Die Wiederberufung des Parlaments nach Abänderung dieser Gesetze wird feierlich versprochen. Gleichzeitig wird der Verwaltungsrat beauftragt, das Ergebnis seiner Erörterungen über die Organisation einer Kommission zur Abänderung der Verfassung vorzulegen. Ein politischer Mord in Schanghai. Der Begründer und Leiter der „Handelszeitung“, Wu wurde Sonntag nacht auf offener Straße in dem europäischen Viertel erschossen. Der Mörder wurde festgenommen. Das ist der erste Mord in den letzten drei Monaten. Es liegt offenbar ein politischer Mord vor. So war dafür eingetreten, daß die Postamt Schanghai der europäischen Stadtverwaltung unterstellt wurde.

Sibirien. Über die Lage in Sibirien fehlt es an bestimmten Nachrichten. Sicher aber scheint zu sein, daß der Eisenbahnstreit kein allgemeiner geworden ist, da insbesondere das Bahnpersonal der Union des Kaplandes sich bisher handhabe geteilt hat, mitzumachen. Ein Telegramm des Generalen der Eisenbahnverwaltung aus Scharanowsk meldet, daß ein Teil der Mitglieder des Eisenbahnpersonals die Arbeit wieder aufnehmen

moße. Einige Leute hätten die Arbeit bereits wieder aufgenommen. Der Direktor hofft, daß es möglich sein wird, am Montag den normalen Dienst aufrecht zu erhalten. Die Regierung hat sich gut vorgebehen und überall Bürgergarde wie Militär zum Schutz der Verkehrsmitel aufgestellt. Am nächsten gebären sich nach wie vor die Sibirischen Generalkommanden, die in einem nach Kapstadt gerichteten Telegramm den Rücktritt des Ministers forderten.

### Deutschland.

Berlin, 13. Jan. Der Kaiser hörte Montag vormittag im Berliner Schloss den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts, Wirtl. Graf v. v. Valentini und lehrte am Abend nach dem Neuen Palais zurück.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow wurde am Montag von König v. Sachsen in Gegenwart des Staatsministers Grafen Kistum von Gschäft in Jauernitz empfangen. Daran schloß sich eine Frühstückstafel, an der auch der preussische Botschafter in Baku teilnahm. Der König hat dem Staatssekretär v. Jagow das Großkreuz des Albrechtsordens verliehen.

Zur Frage der Übernahme von Repräsentationspflichten seitens der Sozialdemokratie äußert sich im Anknüpfung an den Fall Witt-Münchens in der neuen Nummer der „Sozialistische Monatshefte“ ganz bemerkenswert der Reichstagsabgeordnete Edmund Fischer. Er nimmt Witt in Schutz, der beim Empfang des Kaisers mit zur Begrüßung auf dem Kaiserpaß anwesend war, und er trägt: „Es ist nur dann freimütig, modern, tolerant, der Ausfluß einer unabhängigen Gesinnung, wenn bürgerliche Gemeinderätepräsidenten Sozialdemokratische Gäste, Todfeinde der bürgerlichen Gesellschaft, begrüßen? Oder ist es nicht auch freimütig, tolerant, ein Zeichen des Freiheits- und Unabhängigkeitsgefühls, wenn Sozialdemokraten in ihrer Eigenschaft als Vorsteher von Gemeinden die Vertreter nichtsozialdemokratischer Gemeinschaften empfangen? ... Soll eine sozialdemokratische Stadtverwaltung nur sozialdemokratische Gäste begrüßen dürfen? Und warum nicht? Wo soll die Grenze sein? ... Sozialempfindung meint Fischer. Wenn die Sozialdemokraten in der bürgerlichen Gesellschaft ein formales oder faktisches Amt übernehmen, wenn sie in den Verwaltungsdirektoren einbringen wollen, um ihn zu erheben, können sie sich den Repräsentationspflichten nicht entziehen. ... Sollten Sozialdemokraten gewarnt sein, jede Begrüßung in der neuen Nummer der „Sozialistische Monatshefte“ zu unterlassen? Oder ist die Begrüßung in der Verwaltungsdirektion, vor großen Freude aller reaktionären Gegner der Sozialdemokratie.“ Fischer hat natürlich mit seinen Ausführungen durchaus Recht, aber bei einem erheblichen Teil seiner Genossen wird er nicht das nötige Verständnis für seine Darlegungen finden.

### Parlamentarisches.

Die freikonservative Fraktion hat zum Interpellation und drei Artikel im Abgeordnetensausbau eingebracht. Die Interpellationen lauten: Was bedeutet die königliche Staatsregierung zur Abhilfe der bei der Dienstbotenservitutierung in Dittelfanten-Bezirk vorgefallenen Unfälle? ... Die Freikonservative Fraktion hat auch die Unmöglichkeit der staatlichen Arbeitslosenversicherung zu unternehmen, um durch Verbilligung des übermäßig hohen Zuzugs zu den Großstädten des übermäßig hohen Wohnplatzes eine der Hauptursachen der periodischen über den Arbeitslosigkeit zu beheben. ... Die Freikonservative Fraktion hat auch die Unmöglichkeit der staatlichen Arbeitslosenversicherung zu unternehmen, um durch Verbilligung des übermäßig hohen Zuzugs zu den Großstädten des übermäßig hohen Wohnplatzes eine der Hauptursachen der periodischen über den Arbeitslosigkeit zu beheben. ... Die Freikonservative Fraktion hat auch die Unmöglichkeit der staatlichen Arbeitslosenversicherung zu unternehmen, um durch Verbilligung des übermäßig hohen Zuzugs zu den Großstädten des übermäßig hohen Wohnplatzes eine der Hauptursachen der periodischen über den Arbeitslosigkeit zu beheben.

### Provinz und Umgegend.

Halle, 13. Jan. Die städtischen Behörden von St. Marien beschlossen die Veräußerung der berühmten Marienbibliothek. Nach dem Gutachten des bekannten Antiquitätenhändlers Eard-Müller hat die Bibliothek den Wert von 305 000 Mark. Man beschloß, die Bibliothek dem Magistrat für 100 000 Mark anzubieten.

Halle, 13. Jan. In der letzten Stadtverordnetenversammlung teilte wie wir schon berichteten, der Magistrat mit, daß die städtischen Beamten vom 1. April ab Wohnungsgeld beziehen sollen, und zwar die Mittelbeamten 400, 350 und 300 Mark, die unteren Beamten 200 Mark. Es sollen aber, wie jetzt aus dem Magistratsprotokoll bekannt wird, die Arbeiter um 10 Prozent herabgesetzt werden. Das Wohnungsgeld der Staatsbeamten beträgt in Halle 400-460 Mark für die Mittel- und 220 Mark für die Unterbeamten, für verheiratete städtische Lehrer 400 Mark, für unverheiratete 330 Mark, jedoch ohne Gehaltsabzug. Die Wohnausgaben würden nach dem Magistratsprotokoll 8800 Mark betragen.

Halle, 12. Jan. Der Sordengau hielt gestern hier seinen 12. Gattag ab. Erster Bürgermeister Kempold hielt die Vertreter im Namen der Stadt Dittelfanten willkommen. Gauverwalter Schneidermeister Hampe begrüßte die Vertreter namens des Gauers. Auf Vorschlag von Gauverwalter Lehrer Altmann (Eilenburg) wurde an den Vorsitzenden der Deutschen Turnerbund Gauverwalter Dr. Godek ein Begrüßungstelegramm mit den herzlichsten Wünschen für baldige vollkommene Gesehung geschickt. Anwesend waren 57 Vertreter. Der Gau beschloß zurzeit aus 42 Vereinen mit 2715 Mannschaften und 194 weiblichen Mitgliedern.

Halle, 10. Jan. Das größte Veräußerungsausschreiben des Rönneckerhansens, dem vorhin mit dem Namen „Antiquitäten“ zur Auktion versteigert wurde, das Establisement ist mit insgesamt 198 000 M. hypothekent befaßt. Die Auktionsversteigerung, die mit einer

Spottfahnenforderung von 55 000 Mk. an dritter Stelle steht, gab ein Gebot von 60 000 Mk. ab, um die zweite Spottfahne von 50 000 Mk. anzubieten. Da weitere Gebote nicht abgegeben wurden, wurde der Brauer als Grundstück zugelassen. Die Zuschlagserteilung erfolgt jedoch auf Antrag der Erstersten erst in 8 Tagen. Ganz ausgefallen sind drei Spottfahnen in Höhe von 3000 Mk., 10 000 Mk. und 20 000 Mk.

**11. Jan.** Eine schöne alte Sitte hat sich hier erhalten, der Umgang der Schiffer. Nach dem oft langen Verbleiben von der Heimat veranlassen alljährlich Anfang Januar die Schiffseigner, Steuerleute und Schiffer der Umzug durch die Stadt, wobei ein großer Kahn und andere Schiffsartselemente vorangeführt werden. Vor dem Festzug wird den „Sonntagsknechten“ ein Ständchen gebracht. Dem Umzug folgt ein allgemeiner Markt. Das beliebteste Fest, dem kein Schiffer fernbleibt, fand kürzlich in der herkömmlichen Weise statt.

**12. Jan.** Von einem jüngeren Unglücksfall ist die Familie des Gasarbeiters Ziegler hier betroffen worden. In Abwesenheit ihrer Eltern spielten die beiden drei und fünfjährige Kinder mit Scherenschnitzern und verurteilten dadurch einen Jungen. Als die Mutter von ihrem Ausgange heimkehrte, fand sie ihre beiden Kinder bewußtlos in der mit Saug gestülpte Kühle vor. Während das jüngste bereits erstickt war, ist das andere sofort in das Krankenhaus gebracht worden, wo es zum Leben zurückgerufen werden konnte.

**13. Jan.** Gestern fand hier der letzte Seniorentag der Verlagsbuchhandlung F. A. Brodhans, Heinrich Eduard Brodhans, im 85. Lebensjahre.

**Freiberg i. S., 12. Jan.** Gestern nachmittag ist in Hemsdorf bei Hefefeld der Kunstmaler Werner Hiedemann aus Freiberg neben der Staffelei im Walde erstochen worden.

**Dresden, 12. Jan.** Zwischen Sonnabend und Montag ist in der Seefraße in einem Juweliergeschäft eingedrungen worden, wobei die Diebe Gold- und Silberwaren im Werte von 60 000 bis 70 000 Mark erbeuteten. Die Diebe bohrten vom Keller aus den Boden des Geschäftslochs an und spazierten mit dem Stemmstein und Jernwerkzeugen durch den Keller in den Geschäftsraum. Es handelt sich offenbar um internationale russische Eindringler, denen eine Heise von schweren leicht verletzlichen Einbrüchen zugeschrieben wird.

### Gerichtsverhandlungen.

**Raum gläubig, aber wahr!** In 2 Monaten Gefängnis wurde in Berlin ein Fleischergehilfe und Wursthändler Neupert verurteilt, der Wurst aus Hund- und Katzenfleisch bereitet hat. Der auffällige billige Preis von 40 Pf. für das Pfund, allerfeinste Salami- und Vederwurst hatte verschiedene Leute veranlaßt, die Polizei um eine Befragung der Neupert'schen Werkstatt zu ersuchen, wobei dann die bunten Frankfurter Aufnahmen, herauskam. Vernehmlich ist besonders, daß Neupert viele Gäste unter seinen Kunden zählte!

**Befragungen eines Volksvertreters.** Gegen den sozialdemokratischen Arbeiterführer Sch. aus Neugötze wurden. Er sollte nach Bekanntgabe eines 16-jährigen Dienstabtritts, daß bei ihm eine Anstufung über eine Gehaltsforderung erbeten hatte, diesem unethische Anträge gemacht haben. Erst auf energische Abwehr des Wälders soll der Angeklagte von diesem abgesehen haben. Um Nachmittlung derselben Angelegenheit, als das Wälders nachmittags erschien, hat er dieselbe nochmals bekräftigt, bis ihm schließlich mit Anzeige gedroht wurde. Das Schöffengericht in Neumünster sprach Sch. seinezeitig von der Anklage der Verleumdung frei. Auf die Berufung des Urteils wurde ihm wurde er später von der 1. Kammer in Kiel wegen Verleumdung in zwei Fällen zu 15 M. Geldstrafe verurteilt. Sch. legte darauf beim Oberlandesgericht Kiel Revision ein. Er fordert das Urteil seinem ganzen Umfange nach an und rügte die Verletzung materiellen Rechts. Da die Ausführungen des Vorderrichters eine rechtsrichtige Auffassung nicht erkennen ließen, wurd die Revision vom Straßenrat des Oberlandesgerichts verworfen.

### Schneefall und Schneefürne.

Nach den neuesten Meldungen ist der Sturm an der Ostküste abgeklungen und die großen Gebirge vorübergehend still. Stillaktionen für die schwer Geschädigten sind bereits von vielen Seiten eingeleitet worden. Der Statthalter von Pommern, Prinz Eitel Friedrich, hat sich nach den heimgekehrten pommerschen Landrathen begeben. — Der Rhein und viele seiner Nebenflüsse sind weiter im Steigen begriffen. Auch in Belgien hat die Hochwassergefahr noch nicht abgenommen. Es wird gemeldet:

**Die Sturmflut an der Ostküste.** Köslin, 12. Jan. Der Sturm ist abgeklungen, heute herrscht leichter Westwind. Nach Wustfen hinüber kann die vereiste Landstraße benutzt werden. Der See ist bei Rastum frostvollständig gefroren und ermöglicht den Verkehr. Das Schlimmste scheint überstanden, die Vereisung sagt wieder Mut. Das Dorf Laase ist dem Verkehr wieder erschlossen. Von Deep aus begaben sich mehrere Schiffer über das Eis hinweg nach Laase und brachten den dort angestauten Stranden Lebensmittel. Man will versuchen, noch am Montag von Köslin aus einen großen Vieh- und Getreidetransport nachricht abgeben zu lassen. Regierungspräsident Drems aus Köslin und Geh. Bauart Wilhelm haben sich nach Rügenwalde begeben, um von dort Damerort zu erreichen. Die Damerorter Einwohner befinden sich noch immer in dem Hause auf der Düne. Es geht ihnen jetzt verhältnismäßig gut. Unmittelbare Gefahr liegt augenblicklich nicht mehr vor.

Aus dem pommerschen Hochwassergebiet sei noch nachzutragen, daß Prinz Eitel Friedrich die von der Sturmflut gefährdeten Ortschaften besucht hat. Er fuhr von Köslin im Automobil nach Sorenbomh und besichtigte die Vermüllungen. Die Häuser im unteren Teile des Dorfes sind vollständig zerstört. Zwei Geschäfte sind dem Einsturz nahe, von beiden Häusern sind bereits große Teile abgebrochen. Die Häuser an der Ostseite der Düne sind teilweise verbleibt. Von dort fuhr der Prinz nach Deep. Bei Nest bemerkt ihn eine Hilfs-

solonne des Infanterie-Regiments Nr. 54, von deren Führer er sich über die Arbeiten am Tief berichten ließ und erfragte, ob es noch fünfzigstündige Arbeit gelange, das Tief freizumachen. Prinz Eitel Friedrich bestätigte, eingehend die Arbeiten am Tief und fuhr den Janudergesee entlang über Großmühlen nach Köslin zurück, wo er um fünf Uhr anlangte. Die Drischafte, die der Prinz passierte, hatten sämtlich gefaßt. Der Prinz wurde überall von der Bevölkerung freudig begrüßt. Die See ist verhältnismäßig ruhig und zugefroren. Das Wasser des Janudergesee fällt beständig. Die Einwohner befinden sich wohl.

Über die Verheerungen an der pommerschen Küste veröffentlicht der „Berl. Lot.-Anz.“ folgenden Bericht: Köslin, 12. Jan. Die Hochwasserflut hat besonders in den Bezirken Rügenwalde, Köslin und Schlamme furchtbare Gewölke. Im Kösliner Kreise sind nur Damerort so gut wie vernichtet. Schon die Fahrt mit der neuerbauten elektrischen Straßenbahn von Köslin nach den östlichen Badeorten Mülln, Großmülln und Nest zeigt die Verheerungen der Sturmflut. Diese Orte liegen ebenso wie die vom Wasser verschlungenen Ortschaften Damerort, Laase, Sorenbomh und Sauerhufen auf einer schmalen Landzunge, die auf der einen Seite von der See, auf der anderen von dem Bufomer und Janudergesee begrenzt wird und, wie schon gemeldet, von der anstimmenden See durchbrochen worden ist. Furchtbare Szenen spielten sich in Laase und Damerort ab. In beiden Dörfern, die vollkommen zerstört sind, stieg das Wasser am Sonnabend so schnell, daß die Bewohner, etwa 100, nichts als das nackte Leben retteten. Das Wasser über den empfindlichen Weiden der schiefe Vieh konnte nicht mehr losgemacht werden und ertrank in den Ställen. Von einem starken Nordwind gesteuert, stiegen die Fluten höher und höher und brachten die auf dem Strande stehenden, mit Schnee bedeckten und zum Teil eingestürzten Gebäude alsbald zum Sinken. So blieb den unglücklichen Fischern nichts übrig, als auf die Dächer der Häuser zu klettern, um den Kindern, Frauen und Kinder fast dreißig Stunden lang in dürren Kleidern und warteten auf ihre Rettung. In Laase wurden die Häuser von den Wogen unterpflückt und stürzten schließlich ein. Die Bewohner retteten sich schwimmend bis zu den nächsten Säulen und flüchteten dann, als eine Zufallsstätte nach der anderen verschwand, auf die höchste Düne, wo sie noch zu retten waren. Dort liegt ein festes Haus, in dem die Bewohner, eng zusammengepackt, Zuflucht gefunden haben. Dem meisten der Unglücklichen war es nicht gelungen, sich ausreichend mit Nahrungsmitteln zu versehen, und so gelitten sie zu der Qual die Fülle und der Hunger. Die See rauscht über Damerort hinweg und kein Werkmal ragt aus den Fluten heraus, die Stelle zu finden, wo das friedliche Dörflchen gestanden. Am Sonnabendabend gelang es zwei Kösliner Bürgern unter höchster Lebensgefahr und bis zum Halbe im Wasser wachend und über das dünne Eis des Janudergesee treibend, bis nach Laase vorzudringen. Sie fanden dort namenlos Jammer. Auf die Kränze und wackelnde Gebäude nur durch Pfeilspitzen und wieseln auf ihr vernichtete Werke. Das Dorf Sorenbomh am Janudergesee ist am Sonnabend zerstört worden. Das Wasser fand dort bis zu den Dachstühlen hinauf. In der Ortschaft Sauerhufen sind nur noch Gebäude eingestürzt, nachdem sie die Bewohner gehalten werden mußten. Der Bauernhufen Berg, im Sommer ein heftiger Wind, dort liegt eine Höhe von mehr als zwanzig Meter hoch, ragte nur noch vier Meter aus den Fluten hervor. Auch in Deep hat die See furchtbar gewüthet. Die ganze Uferpromenade ist überflutet, und sechs Häuser sind eingestürzt. Aus allen Ortschaften am Bufomer und Janudergesee kommen dringende Hilferufe.

**Das Schneefest in Belgien.** Brüssel, 12. Jan. Von dem ganzen Lande kommen Nachrichten, daß das Hochwasser infolge der großen Schneefälle gefahren gelassen ist. Im Tale der Wesdre schwebt man den Schaden, der bisher angerichtet wurde, auf mehrere Millionen. Es scheint, daß die Gegen von Berniers, Mülich und Mannu außerordentlich stark heimgelagert worden ist. Auch an der Schwabensiedlung sind Hochwasser gemeldet. Der Eisenbahnverkehr konnte aber bis jetzt im ganzen Lande noch aufrechterhalten werden.

**Schneefall in den Alpen.** München, 12. Jan. Nach leistungsdreißigstündigem Regen ist in der Vorarlpe stark Schneefall eingetreten, wodurch einer Hochwasserlastkatastrophe vorgebeugt wurde. Der in den letzten sechs Stunden niedergefallene Schnee erreichte stellenweise eine Höhe von vier bis fünf Staatsbahnen in Innsbruck mittlere Höhe, der Verkehr auf der Straße Innsbruck-Mittenwald infolge Schneefalls bis zum 14. Januar und möglicherweise noch länger, eingestellt werden. Der Zug Nr. 616 Garmisch-Mittenwald blieb bei Rallentrump in Schnee stecken und mußte nach Garmisch zurückgeholt werden. Mehrere Züge vieler Städte fallen aus. Auf der Straße Garmisch-Grichen wurde der elektrische Betrieb eingestellt. Der Verkehr wird mit Dampf fortgesetzt. Auch hierbei erwaschene Schwierigkeiten, da Wassereinsparmaßnahmen für den Dampfbedarf fehlen. Der Zug Nr. 720 Neute-Hellernberg ist im Schnee festgeblieben. Andere Züge sind ausgefallen. Es muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß der Verkehr zwischen Garmisch und Neute ganz eingestellt wird.

### Vermischtes.

**Bei einer Explosion von Dynamit, das in der Nähe eines Feuers getrocknet wurde, wurden in der Verba (Estalonen) vier Arbeiter getötet und fünfzehn verletzt, darunter mehrere Frauen.**

**Explosion in einer amerikanischen Mine.** In der Rock Castle Kohlenmine in der Nähe von Birmingham in Alaska wurden dieser Tage bei einer Explosion 5 weisse und 7 schwarze Arbeiter getötet. Im Augenblick der Explosion fielen sich über 200 Arbeiter in dem Bergwerkschacht, die aber bis noch rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten. Als Ursache der Katastrophe wird Selbstentzündung von Kohlenstaub angenommen.

**Ein Insel im Sibirer entdeckt.** Der Polarforscher Kapitän Wladi ist in Wetersburg eingetroffen, um über die Entdeckung einer neuen Insel im Sibirischen Eismeer, 26 Meilen nördlich von Cap Adel Jusklin (Sibirien, Tomsk) Semlja und den Nordküsten Sibirien, Meldung zu machen. Die Gebirgsinsel wurde wie rühmlich festgestellt im Sommer 1913 mit den Dampfern „Taimur“ und „Baigatsch“ unter-

nommen. Die neu entdeckte Insel ist 16 Meilen lang und in ihrer südlichen Teil 16 bis 40 Fuß über dem Meeresspiegel gelegen. Entdeckt ist das Land mit Tundra (Moossteppen) bedeckt. Von Tundra waren Gebirgen und große Wälder bemerkt. Nach dem Vortrag beim Senat soll die Insel ihren Namen erhalten.

**Die gestohlene Droschke.** Um seine Eigentümlichkeit wurde durch einen dreien Dieb der Droschke entzogen. Er aus der Westinghouse in Berlin. Er hatte seine Droschke ebenfalls für kurze Zeit vor seinem Hause ohne Aufsicht stehen lassen, weil er noch einmal zurück mußte, um etwas zu holen. Als er dann die Straße wieder betrat, war seine Droschke spurlos verschwunden; ein frecher Dieb hatte sich inzwischen auf den Weg hinaufgeschummelt und war mit dem Wagen losgefahren.

**Ein getrandeter Dampfer wieder festgeworden.** Der Holddampfer „Manowag“, der an der russischen Küste bei Waabta am 3. d. M. auf Grund geraten war, ist jetzt wieder flott geworden.

**Feuer in einem Gerichtsgebäude.** In Nischenau (Westfalen) ist das Amtsgerichtsgebäude niedergebrannt. Die Ursache des Feuers ist noch nicht festgestellt. Nach einer träteren Meldung sind bei dem Brande nur der Kassenbestand, die Grundbücher und ein Teil der Akten gerettet worden.

**Der Dank für die Rettung von Schiffbrüchigen.** Die Reder- u. untergegangenen amerikanischen Dampfer „Oligoma“ haben der Hamburg-Amerika Linie ihren Dank und die größte Anerkennung für das heldenmütige Verhalten der Besatzung des Dampfers „Gavaria“ bei dem unter den schwierigsten Verhältnissen vollzogenen Rettungsversuche ausgedrückt und ihr einen hohen Betrag zur Verteilung an die Besatzung der „Gavaria“ übergeben.

**Durch einen rücksichtslosen Motoredfahrer überfahren.** Das Opfer eines rücksichtslosen Motoredfahrers wurde Freitagabend die 35 Jahre alte Gefährt Marie Sante in Reichenberg bei Berlin. Als Frau S. den Stadtwagen überfuhr, kam ein Motoredfahrer in höchstem Tempo heran. Gefahren wurde sie durch den Fahrer überfahren zu bringen, doch rettete der Fahrer durch ein rasches Ausweichen die Frau. Die Frau wurde durch den Stoß in den Rücken und die Hand verletzt. Die Frau wurde durch den Stoß in den Rücken und die Hand verletzt. Die Frau wurde durch den Stoß in den Rücken und die Hand verletzt.

**Aufgefundene Frauenleiche.** Am 11. d. M. Donau auf der letzten Stufe der Fußstiege, fanden am Sonntagabend mehrere Aufseher einen Leichnam, der etwa fünfzehn Zentimeter tief im Wasser lag. Sie luden den Leichnam auf einen Wagen und fuhren nachhause. Am Morgen fanden sie den Leichnam in ihrem Garten. Die Leiche einer Frau wurde in weitem Strassenrand, langes, blondes Haar bedeckte das Gesicht. Die Aufseher telefonierten an die Polizei, die eine Kommission an den Fundort entsandte. Diese konstatierte, daß der Leichnam nicht mehr identifiziert werden ausgeschlossen ist, er trägt eine Aufschreibung auf dem Kopf. Von den nachherigen, Nischenau, 1913. Der Redaktionsrat ist nach der Aufschreibung: „Fragha Rubin“ versehen. Die Frau war etwa dreißigjährig, etwas mager und von mittlerer Statur. Spuren äußerer Gewalt waren nicht vorhanden. Es wird daher angenommen, daß die Frau vergiftet oder durch einen Knäuel erstickt worden sein könnte. Des weiteren meldete sich die Schiffbrüchigen Träger und erklärte, sie gegen 1/6 Uhr früh einen schwarzgekleideten, mageren Mann und eine Frau mit grauem Kopf und braunem Halsstuch auf der Deiner Hauptstraße gesehen, die einen Leichnam, den sie für denselben erkannte, und der sehr schwer zu sein schien, mit großer Eile schleppten und dann in die Gassen hineingeworfen. Am Leichnamshause erkannte der Chauffeur einer Tagelohnersleiche namens Steiger die Leiche der ermordeten Dame, die er tags zuvor vom Weibshaus nach der Doberneigasse gefahren hat, wo sie ausstieg und weiterging. Sie hatte ihm 4 Kronen 50 Heller für die Fahrt bezahlt. Die Polizei wird sich bemühen, die Spuren mit einem großen Aufgebot. — In der Mitte der Droschke, Frau Sante, wurde ebenfalls die Leiche einer etwa vierzigjährigen Frau gefunden. Anscheinend handelt es sich um einen Zufall. Die Behörden sind eifrig tätig, den grauen Hund aufzuklären.

**Ein diesseitiger Mann ist der Schermer Georg Groß in Ebing bei Staffellen. Außer seiner Schermerlei betreibt der gute Mann noch Landwirtschaf, hat einige Pflanzungen und eine gute Schermerlei. Weiter ist Groß noch Gemeindevorstand, Richter, Kaufmann, Forstwärter, Leichenbestatter, Zuschußbeamter, gemeindlicher Kassierer und endlich fastlich aufgelisteter totaler Kleinfabrikant.**

**Quanzig Jahre an der See.** Durch einen Unfall erlitt die Gendarmerei in einem Dorfe bei Oranien ein Verbrechen, denn sich aus Dabucht die über sechzigjährige Frau Robison gegen ihre Stiefsohnin Schulig gemacht hatte. Diese, ein fünfzigjähriges, gelichschwachtes Weib, wurde halsnackend erstickt in einer Schlinge gefunden. Seit langer Zeit man spricht von 20 Jahren dauerte dieses Martyrium. Frau Robison und ihr der Wittibuld verdächtiger Sohn wurden verhaftet.

**Familien drama.** Der verheiratete, 26-jährige Eger Paul Holzappel in Sölling a. in Niederbayern wurde am Freitag plötzlich erschossen. Als ihn sein Vater berufen wollte, brachte er diesem mit einem Messer zwei gewichtige Stiche in den Rücken bei. Erst als er in die Zwangsjacke gesteckt worden war, konnte Holzappel in das Krankenhaus gebracht werden. Ein Bruder und eine Schwester befinden sich in der Irrenanstalt Deggendorf, ein anderer Bruder verbleibt dort der Jahre Selbstmord beim Warten in einem Anfall von Selbstverleumdung, ein dritter Bruder kam vor Jahren bei einem Brandunglück um.

**Deutschland auf der belgischen Ausstellung in Mailand.** Die nächste große internationale Schau ist die belgische Ausstellung in Mailand, die am 15. Mai 1914 ihre Pforten öffnen wird und auf der die vier Mittelstaaten, Belgien, Dänemark, Schweden und Norwegen an Friedrichs Weltberühmtheit vereinigt sind. Eine besondere Freude der Ausstellung wird die deutsche Abteilung sein. Die Zahl der Anmeldungen ist im Laufe der Zeit derart gestiegen, daß der ursprünglich auf 15 000 Quadratmeter angenommene deutsche Ausstellungsplatz allmählich auf rund 25 000 Quadratmeter erweitert werden mußte. Die Abbauteilung an die einzelnen Aussteller ist vom Generalkommisariat bereits erfolgt.

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von H. Köhner in Merseburg.

**Cinophon - Theater**  
Gr. Ritterstr. 1.

Programm von Mittwoch bis Freitag.  
Nebungen der Pariser Generewerb. Interessant.  
Der zerstreute Julius. Alles mit Lachen.  
Sammt-Boche. Aktuell.  
Klebschuh endzeit seinen Vater. Humoreske.  
Der Mann, der nicht lachen kann. Sehr stark.

**Hungernde Sperlinge.**  
Erregendes Drama aus dem Leben armer Wäscherinnen.

**Menschen u. Maschinen.**  
Spannendes Drama einer New-Yorker Falschmünzfabrik, welche von Detektiven verfolgt wird.

Mehrere hundert Zentner 20 bis 30 mm hartes Buchenholz, harte Kantenplatten (Feuerfest), sowie Schmelzisen hat abzugeben

Carl Marktgraf, Lauchstedt, Baugeschäft.  
Rekeltanten bitte um Preisangabe. Befichtigung Dörftenerer Schwellerei.  
Dafelst auch mehrere hunderttausend Mauersteine, große Mengen Schamottesteine, Dachziegel, Katten, Holz und Brennholz, Fenster, Türen, großer Schuppen (passend zu Feldscheune) Holz und Schälung. Alles wie neu. Meldestelle: Lauchstedt, Markt 26.

**Ruhholz.**

Birke 20 Stück starke und schwache gefällte Ästern, 1 harte Doppel und circa 1000 Stück weiche Schuppensteine zu verkaufen. Näb. Meuthener Str. 2.

**Altes Bauholz**

als Brennholz in größeren und kleineren Mengen zu verkaufen (auch frei Haus). Friederichstr. 36

**20 Ztr. Langstroh** zu verkaufen. Dore, Hedra

- 1 geb. Dampfwaschmaschine
  - 1 „ Nähmaschine
  - 2 „ Fahrräder
- verkauft billigst  
Ostf. Schwendler, Karlsru.

**Viehfutter - Dämpfer** mit eiserner Quetsche, 3 Zentner Inhalt, und  
**Rüben - Schneidemaschine**, beides neu, für die Hälfte des Wertes zu verkaufen  
Merseburg, Neumarkt 14

**Fortdauer des grossen Saison - Räumungs - Verkaufs**

bis 17. d. Mts.

Alle Modewaren und Restbestände die unbedingt geräumt werden sollen, sind nochmals

**weitgehend ermässigt.**

Jeder Einkauf ist daher besonders lohnend und bedeutet grosse Geldersparnis.

Otto Dobkowitz Merseburg Entenplan 8.

**Deutsch-Evangelischer Frauenbund.**

Dienstag den 20. Januar, abends 8 Uhr in Rülles Hotel

**Vortrag**

von Herrn Superintendent Professor Bithorn: „Goethes Iphigenie und das moderne Frauenideal.“ Gäste willkommen.

**Die Welthilfssprache „Esperanto“.**

**Öffentlicher Vortrag** von Oberlehrer Schmiedeberg aus Delitzsch. **Zugleich Ausstellung v. Zeitschriften u. Büchern.** **Wittwoch den 21. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Katscheller“.** Eintritt frei. Wer sich für eine Welthilfssprache interessiert, ist willkommen.

Hierdurch erlaube ich mir bekannt zu machen, dass ich, nachdem ich denjenigen Teil meines Geschäfts, der die Zimmererei, Tischlerei und Glaserei betraf, auf meinen langjährigen Werkführer Herrn W. Büttner zur selbständigen Weiterführung übertragen habe, mein Baugeschäft im übrigen in unverändertem Umfang und in derselben Art und Weise wie bisher fortführe.

Ich bitte, das mir bisher in so reichem Masse geschenkte Vertrauen auch für die Zukunft bewahren zu wollen.

**C. Günther, Maurermeister,** Friedrichstrasse 36.

Am 15. d. M. können noch einige Damen an dem wieder beginnenden

**Zuschneide- u. Schnitzmaschinen-Kursus** teilnehmen.  
M. Schuchardt, Leichtrabe.

**Torfstreu - Torfmull**

hält bestens empfohlen  
**Eduard Klaus,** Fernsprecher 27.

**Alle Inserate**

für auswärtige Zeitungen fördert schnell und ohne Aufschlag  
**Merseburger Correspondenz** Abt. Annoncen-Expedition.

**Klavier - Unterricht** erteilt

**Gertrud Gelbke, Annenstr. 1. II.**

Wittwoch den 14. d. M. **General-Versammlung** i. Hotel Halbmond. Wichtige Tagesordnung. Um vollstündliches Erscheinen wird höf. ersucht.  
**Der Vorstand**

**Ghkopan.**

Gasthof „Deutscher Kaiser“ Sonntag den 18. Januar d. J.

**Maskenball**

mit Prämierung von **Rauchk. Habanna,** wozu freundlichst einladet Der Vorstand.



**Brennlicher Adler**

Mittwoch abend **Pökelrippchen** mit Kartoffelsalat.

**Strandlöbchen.**

Jeden Mittwoch **Plinsen.**

**Vaterland.**

Mittwoch **Schlachtfest.** Es ladet freundlichst ein **A. Bollrat.**

**Dieters Restauration**

Ans. Herrn. Just. Jeden Mittwoch und Freitag **Schlachtfest.**

**Zum alten Dessauer** Donnerstag **Schlachtfest.**

**Bergschlöbchen.**

Mittwoch großes **Schlachtfest.** Dienstag abend feische Bratwurst. Es ladet zu zahlreichem Besuch ein **Walter Sebre.**

Donnerstag **hauschl. Wurst** C. Lauch

Donnerstag **hauschl. Wurst** Friederike Vogel, Hofmarkt 17.

Wittwoch **Schlachtfest.** A. Bielas Nachl., Lindenstr. 16.

Wittwoch **Schlachtfest.** Otto Einzel, Glogitzauer Str.

**Zöpfe**

von ausgetämmtem Damenbaar fertig an **H. Presch, Rossmarkt 2.**

**Schluss der Anzeigen-Annahme** für den „Correspondent“ **9 Uhr vormittags.**

Im Interesse der Auftraggeber bitten wir um gefl. Beachtung dieser Schlusshet.

**Größere Anzeigen** wolle man am Tage vorher aufgeben.

Gleichzeitig teilen wir mit, dass die Expedition von abds. 1/8 Uhr ab geschlossen ist.

Expedition des Merseb. Correspondenz.

**Jedes Quantum**

**REINES**

**EIS**

kauft

**Stadtbrauerei Merseburg.**

Stopp zwei Zeilen.

Erste Beilage.

Drachlose Telegraphie in den deutschen Kolonien.

Bei der kürzlich stattgefundenen Sitzung der Technischen Kommission des National-Wirtschaftlichen Komitees...

Deutschland.

Staatsverordnungen für die Justizverwaltung vom 8. Januar 1914...

„Herzengold“.

Roman von S. Courths-Mahler.

(4 Fortsetzung) (Nachdruck verboten.) „Was kann ein Kind für die Handlungen seiner Eltern? Wie sie lebt ist, das würde für mich maßgebend sein.“

nahmen, Rechnungsabsetzen, Kosten und Geldstrafen, mit den einzelnen Ausgaben, mit den Befugnissen zur Verfügung über die Fonds, mit der Befugnis zur Anschaffung von Immobilien und Anordnung von Bauten, Anstellung der Beamten, Besoldungen, Pensionen, Vorauslagen in Zivil- und Strafsachen, Reise- und Umzugskosten, Zahlungsbewilligungen.

Das Reichsgericht Nr. 2 enthält eine Bekanntmachung, betreffend die amtliche Veröffentlichung grundsätzlicher Entscheidungen des Oberlandesgerichts für Angelegtenverföhrung...

Das Reichsgericht Nr. 2 enthält eine Bekanntmachung, betreffend die amtliche Veröffentlichung grundsätzlicher Entscheidungen des Oberlandesgerichts für Angelegtenverföhrung...

Sozialdemokratie und Kirchenaustrittsbewegung. Aus Berlin schreibt man: Von dem immer wieder dreißig abgelehnten zu man m e n a n g der sozialdemokratischen Partei mit der Kirchenaustrittsbewegung legt erneut ein loches im Vorwärts erschienenen Artikel heraus...

während im vorhergehenden Jahre kaum der vierte Teil davon diesen Schritt durchgeföhrt hat. Leider ist das Ende der heberischen Propaganda für den Massenstreik gegen die Staatliche auch im neuen Jahre nicht abzusehen; seine Befämpfung und Verhinderung ist das schmerzliche und ernste Problem, dem die Straße sich gegenübergestellt sieht.

Volkswirtschaftliches.

(Für die Eisenbahnarbeiter der preussisch-berlinischen Staatsbahnen ist mit dem neuen Jahre eine neue Lohnordnung in Kraft getreten. Eine Ausnahme machte die in den Werkstätten beschäftigten Handwerker und Hilfsarbeiter...

(Handelsfachverständige bei den deutschen Konsulaten. Die Handelskammer zu Berlin bezieht auf eine Anfrage des Deutschen Handelslages als Bezirke, in welchen die Neubestellung von Handelsfachverständigen neben den Konsuln erwünscht sei, die Balkanstaaten (Siz Konstantinopel), die Westküste von Südamerika (Siz Valparaiso und Lima), Mexiko, eventuell auch Madagaskar. Diese Handelsfachverständigen werden singulär kommen zu denjenigen, welche bereits ange stellt sind, oder deren Anstellung nach dem Etat für 1914 vom Auswärtigen Amt beabsichtigt wird; es sind dies diejenigen in Buenos Aires, Rio de Janeiro, Caracas, Neuquén, Johannesburg, Yokohama, Shanghai, Tientsin, Singapur, Kallcutta, Sibirien, St. Petersburg; dazu soll noch ein technischer Sachverständiger für China treten. Der im Etat ausgeworfene Posten ist hiermit noch nicht wölftig in Anspruch genommen, läßt vielmehr Raum für die Bestellung von etwa 3-4 weiteren Beamten.

(Eine neue Warnung des Handelsministers vor ausländischen Emissionsspapieren. Wie die „Nord. Zig.“ im Handelsstell mittelt, hat der preussische Handelsminister mit Rücksicht auf die großen inländischen Anstöße, die der deutsche Kapitalmarkt in den kommenden Monaten zu befürchten haben wird, die Emissionsschäfer mehrfach darauf hinzuweisen lassen, daß gegenüber ausländischen Anleihen, für deren Übernahme kein deutsches politisches Interesse oder anderes allgemeines Interesse spricht, die äußerste Zurückhaltung geboten ist. Diese Warnung habe leider nicht überall volle Beachtung gefunden. Noch neuerdings hat sich der Handelsminister veranlaßt gesehen, für auswärtige Anleihen, deren Einführung beabsichtigt war, den Emissionsschäufern eröffnen zu lassen, daß die Zulassung zum Börsenhandel vor der Hand nicht gestattet werde, weil die Voraussetzungen nicht gegeben seien, unter denen der deutsche Kapitalmarkt jetzt zur Aufnahme gestellt werden möchte. Der deutsche Punktum werde daher auf tun, solchen auswärtigen Anleihen gegenüber, die noch nicht zum Börsenhandel zugelassen sind, Vorhalt warten zu lassen, damit es nicht Papiere erzeit, von denen es sich später zeigt, daß sie an inländischen Börsen nicht verkauflich sind.)

Die Zahlung eines Gnadenbrevetsches an Hinterbliebene von Altpensionären. Das „Zulassungsministerium“ veröffentlicht eine Verfügung vom 8. Januar d. S. folgenden Inhalts: „Nach der Grundföhrung für die Gewährung von Anwartschaften an Altpensionäre und Altpensionerbene kann ein Ableben eines Pensionärs, der zur Todeszeit eine Anwartschaft aus dem Fonds Kap. 70 Ziff. 5 des Gesetzes vom 28. April 1904 erworben hat, die Rechte an den von dieser Anwartschaft ein Gnadenbrevetsch in Anspruch gewährt werden, wie dies von der Pension ge-

tete ihn schon jetzt als seinen Nachfolger und besprach vertraulich alles mit ihm.

Für alle Fälle hatte Graf Ravenau ein Dokument verfaßt, das er in einem Geheimfach seines Schreibtisches verbarg. Er wollte Götz in die Werkstatt dieses Faches stecken, wie er mit dem Inhalt des Dokumentes bekannt. Es enthielt genaue Mitteilungen über alles was Graf Ravenau über die Gattin seines verstorbenen Sohnes J. 3. in Erfahrung gebracht. Dieses Dokument sollte Götz, wenn er etwa Tutta trotz aller Voricht nicht vor einer Annäherung ihrer Mutter schützen könnte, keine Geföhrdung übergeben. Das Schriftstück enthielt den frischen Befehl, wie in Ravenau und Schöberl, die in Ravenau und Schöberl, Götz hatte sein Ehrenwort geben müssen, diesen Auftrag zu erfüllen, nach bestem Willen und Gewissen. Ravenau erwarb gar nicht die Möglichkeit, daß sein Wunsch sich nicht erfüllen könne. Götz war das einigermaßen peinlich, so sehr ihn das Vertrauen des Grafen ehrete. Er schlug die Vorteile, die ihm eine Verbindung mit Tutta bringen müßten, natürlich nicht gering an, aber daß Ravenau ihm gleichsam die Selbstbestimmung über den Kopf hinwegnahm, widerspreche seinem männlichen Empfinden. Des Grafen Art ihm gegenüber war aber so herzlich, so wahrhaft väterlich, daß er an eine scharfe Zurückweisung nicht denken konnte.

Wie in früheren Schriften ging Graf Ravenau in seinem Arbeitszimmer auf und ab. Der Wagen, der Tutta vom Bahnhof in Schwarzenfels abholen sollte, mußte jede Minute zurückkommen. Hier, in seinem Arbeitszimmer wollte er sie empfangen. Allein mußte er mit ihr in dem ersten Augenblick des Wiedersehens sein. Er fühlte sich nicht hart genug, sie im Weisheit der Leute zu begreifen.

In Gerladshausen waren die ersten Rehen aufgeschlupft. Die Gerladshausener Rehen, die in Ravenau und Schöberl, die schönsten Rehen, waren erblüht. Götz vereinte selbst die ersten, die sich erschlossen, zu einem Strauß und sandte sie mit seiner Karte nach Ravenau. Frau Wohlgenut plazierte die herrlichen Blüten recht wirkungsvoll in Juttas Soubour und begab sich dann hinunter auf die Freitreppe, wo die Dienerschaft zum Empfang der jungen Herrin aufgestellt war.

Das etwas verwitterte Sandsteinportal mit dem Wappen der Ravenaus hatte Jettens Wohlgenut eigenhändig mit einer Giralde verziert. „Damit es doch nach etwas aussehe.“

„Auf diese Bedingung würde ich ohne weiteres eingehen, denn durch meine Eltern weiß ich genug von dieser Frau, um Ihren Wunsch begreiflich zu finden.“

„Und Sie versprechen mir, Tutta nicht zu verraten, daß ihre Mutter noch lebt?“

„Das verspreche ich.“

„Schon am nächsten Tage besuchte der Graf die Mutter von Götz, um auch mit ihr seinen Plan und Wunsch zu besprechen. Frau von Gerladshausen erklärte dem Grafen, daß es ihr große Freude machen würde, wenn die beiden jungen Leute aneinander Gefallen finden sollten. Sie bat jedoch den Grafen dringend, Tutta in keiner Weise zu beeinträchtigen. Götz trat sofort zurück, wenn er wahrnehme, daß irgendwo auf die Dame ein Zwang ausgeübt werde.“

Die treffliche Dame verheißte dagegen dem Grafen nicht, daß Götz eine schmerzliche Herzensaffäre hinter sich habe. Er liebte die Hofdame der Herzogin-Mutter, Claire von Hochheim, und glaubte an ihre Gegenseitigkeit, bis sie einem reichen Vater, Baron Rast, plötzlich das Jawort gab. Götz litt um so schwerer darunter, als gerade in dieser Zeit sein Vater starb. Jetzt hatte er zwar die Sache verstanden, aber immerhin sollte Graf Ravenau davon wissen.

Dieser legte der Sache keine besondere Bedeutung bei und empfahl zum Schluß seine Entzöhr der freundschaftlichen Teilnahme Frau von Gerladshausens. Im besten Einvernehmen schied die Herrschaften.

In Schloß Ravenau entfalte sich in den letzten Tagen vor Juttas Heimkehr ein ungewöhnlich lebhaftes Treiben. Jettens Wohlgenut ordnete noch einmal in den für die junge Herrin bestimmten Zimmern alles auf das allerhöchste.

Die Zettungsannonce hatte den erwünschten Erfolg. Soeben mußte Tage, nachdem sie erschienen, empfangen Frau Wohlgenut ein hübsches, freundliches Föhrchen, das von den Bedienten mit Wohlgefallen betrachtet wurde. Johanna Möbius brachte von ihrer letzten Herrin, bei der sie drei Jahre gewesen, ein so glänzendes Zeugnis mit und gefel durch angenehmes, behedendendes Wesen Frau Wohlgenut so sehr, daß sie ihr vor anderen Ravenauer gemessen den Vorrang gab. Sie blieb sogleich in Ravenau und erwies sich im Anordnen der für die Komtesse Tutta bestimmten Räume als sehr geschickt.

Man war Seidemann mit der neuen Jofe nach Genf abgereist. Eine erwartungsvolle Stimmung lag auf allen Gemüthern. Am unruhigsten war Graf Ravenau selbst. Götz war in der letzten Zeit oft in Ravenau gewesen. Zwischen ihm und dem alten Herrn gab es noch manche ernste Unterredung, die alle Ravenaus Herzenswunsch zum Mittelpunkt hatten. Götz übte augenscheinlich einen wohlthätigen Einfluß auf den Grafen aus. Dieser betrach-



wurden die Stadtverordneten Justizrat Nitta als Stadtverordnetenvorsteher und als dessen Stellvertreter der Stadtverordnete Kaufmann K. S. Als Schriftführer bzw. als dessen Stellvertreter wurden gewählt Kanfer, Sigler und Dr. med. Sprung. Hierauf erfolgte die Wahl einiger Kommissionen. Gewählt wurden in die Finanzkommission die Herren Heineke, Fuchs, Bröhmer, Boigt, Wüste, Weber und Sigler, in die Jurisprudenzkommission die Herren Kanfer, Kanfer, Casse, Bürger, Rühlmann und Boigt, in die Baukommission die Herren Casse, Bürger, Boigt, Kanfer, Eßold, Schumann, Weber und Kanfer, in die Gemeinde-Einkommensteuer-Einschätzungskommission von den Stadtverordneten die Herren Rühlmann, Heineke, Schumann und Schulte und als deren Stellvertreter die Herren Bürger, Fuchs, Kanfer und Bröhmer, aus der Bürgerchaft die Herren Wörste, Pfeuffer sen., Wüst, und Baum und als deren Stellvertreter die Herren Pfeuffer, Groß, Bernikel und Weis, in die Krantienaus-Kommission die Herren Dr. Sprung, Rühlmann und Schumann. Nach Beendigung der Wahlen kam die Sprache auf die schlechten Wasser-Verhältnisse vor dem Dölltor und in der Klosterstraße, der Magistrat wurde ersucht, die Angelegenheit zu untersuchen. Dem Magistrat wurde dann mitgeteilt, daß von der Wasserwerk-Kommission beschlossen ist, am alten Sohrloche Dampfpumpe einzuführen. Beigeordneter Schneider las dann noch ein Schreiben des Oberpräsidenten vor, nach welchem zurzeit noch nicht vorauszu sehen ist, wann dem Bau einer Staatsbahn von Duesfurt nach Sangerhausen näher getreten werden könne.

**Hus vergangener Zeit — für unsere Zeit.**

12. Januar 1814.  
Marmonts Rückzug. — Wittenberg beschoßen. — Napoleons Plan.

Marmont sollte seinen Rückzug fort bis Meß, wo er in der Stellung zurück zu bleiben war; bei Meß sollte er gefangen sein. Kanfer, Fuchs, Wüst, und Boigt, noch die Nacht des Marmonts Heeres zu erreichen und ihr eigene Verluste zuzufügen.

Am diesem Tage begann die Beschießung der Festung Wittenberg, die von General Zaunzig eingeschlossen worden war; nach dem Fall Logau waren die Besätze dieser Festung frei geworden und es konnte nun ernstlich gegen Wittenberg vorgegangen werden.

Napoleon war noch immer in Paris mit organisatorischen Arbeiten beschäftigt. Durch seine sorgfältige Hinrichtung der Friedensunterhandlungen hatte er tatsächlich erreicht, daß ihn die Verbündeten, wenigstens das Hauptquartier, für Räuber hielten, als er war. Obgleich nun der Zug der Hauptarmee nach dem Rhein von Anfang für Napoleon eine derartige Überlagerung war, daß er darin kaum nennenswerte Streitkräfte einsetzen konnte, war er doch ganz Mutes. Er rechnete auf einige Siege und dann unter dem frühen Eindrucke dieser auf einen schnellen im günstigen Friedensschluß.

13. Januar 1814.  
Wälders Vormarsch, Rückzug der drei Marschälle — Wittenberg gestürmt.

Wälder ging, seinem Plan gemäß, unaufhaltsam vorwärts. Am diesem Tage wurde Thionville (Viduen-bogen) von der Besatzung der französischen, während keine Korporation gegen sie vor sich einzeichneten unter Biron erliegen vor Nancy.

Die drei französischen Marschälle Marmont, Ney und Victor verließen alles in allem über nur 30 000 Mann. Dazu konnten sie freilich Wälder seinen dauernden Widerstand leisten, aber immerhin hätten sie diesen Vormarschbewegung hindern und aufhalten können. Aber der Mangel eines einheitlichen Oberkommandos und der entmutigenden Zustand der Truppen ließen es zu kühnen und tatkräftigen Entschlüssen nicht kommen. So gingen denn an diesem Tage Victor und Ney, Nancy im Stich lassend, auf Toul zurück, was zur Folge hatte, daß auch Marmont zum Verlassen von Metz gezwungen wurde. Dieser ging über Gravelotte nach Verdun hinter die Maas zurück.

An diesem Tage in der Frühe begann der Sturm auf Wittenberg, der vollkommen glückte. Um 1 Uhr waren die Angreifer im Besitz aller äußeren Werke und des Hauptsturms. Um 2 1/2 Uhr war der französische General Kapotte gezwungen, sich auf Gnade und Ungnade zu ergeben. Die Besatzung, noch 1500 Mann, wurde gefangen. Den Siegern fielen 2 Bataill., 96 Geschütze und beträchtliche Vorräte in die Hände. Die Belagerung hatte den preussischen Truppen 13 Offiziere und 632 Mann gekostet.

**Wetterwarte.**

B. B. am 14. Jan: Zeitweilig aufeisend, meist noch wolke. 15. Jan: Zeitweilig heiter, trocken, strenger Frost.

**Theater und Musik.**

\*\* Stadttheater zu Halle. Noch immer löst der Schauer der Saison „Wie ein I in M“ eine solche Anziehungskraft aus, daß auch die Vorstellung am Montag vor anähernd ausverkauften Hause stattfand. Hier konnte noch nicht über das Stück berichtet werden, weil zu den bisherigen Aufführungen kein Platz zu bekommen war. Es sei nur ganz kurz gesagt, daß diese Rolle mit Gelang, an der zwei Schriftsteller und zwei Musiker gearbeitet haben, in der Stoffwahl, Durchführung und Komposition so glücklich ist, daß man die große Anziehungskraft des Stückes wohl verstehen kann. Es interessiert alle Bühnen und freut mit seiner gefälligen Musik jeden, der nicht gerade ein anstandslos Verfechter kleinerer Bühnen aus den Jahren 1838, 38, 88 und 1913 zeigen Abschnitte des Menschenseins, in denen es an wichtigen Szenen und rührenden Situationen nicht fehlt. Musikleitung und Spiel sind durchaus zu loben.

**Unterrichtswesen.**

Wegen die Errichtung weiterer höherer Schulen wendet sich der Vorsteher des deutschen Lehrerbereins mit folgenden Ausführungen: „Je mehr höhere Schulen geschaffen werden, desto mehr Knaben werden sich ihnen an. Dies hat in lange kein Beben, als die Schulen, die die höheren Schulen abzulösen, im Staats- und Gemeinwohl, in Industrie, Handel und Verkehr

mit Lebensstellung unterkommen können. Heute zeigt sich aber in allen Berufsgruppen, für welche die höheren Schulen vorbereiten, eine Überfüllung, die fast beängstigend wirkt; dagegen macht sich die Nachfrage nach intelligenten Arbeitern immer härter fühlbar. Jede neu errichtete höhere Schule entfremdet die Knaben den praktischen Berufen und bedeutet einen starken Entzug von Intelligenz für den gewerblichen und industriellen Mittelstand. Denn die Absolventen höherer Schulen, die vom 6. bis zum 16. Lebensjahre fast sämtliche Arbeit im Leben haben, haben in der Regel die Zeit an ihr verloren und wollen nach dem Abitur ihre theoretischen Studien fortsetzen. Wenn man also die Wehrpflicht nach neueren höheren Schulen oder volkswirtschaftlichen Standpunkt betrachtet, so muß die in den letzten Jahren eingeschlagene Schulpolitik, die sich nicht genug thun konnte in der Eröffnung neuer höherer Schulen, zu anderen Weichen herausfordern. Will man ein Kolektariat von Staats- und Gemeinwohlinteressen vermeiden, will man die Überfüllung aller gelehrten Berufszweige verhindern, in denen in unserer Zeit Tausende von Akademikern dreißig und noch mehr Jahre alt werden, bis sie einen Großen verdienen, will man die kulturelle und volkswirtschaftliche Entwicklung unserer Nation in geschwinderen Schritten so mäßig vor allem unsere Volkshochschulen in verständlicher Weise ausgebaut und die dem gewerblichen Mittelstand angepaßten Bildungswege vermehrt werden, damit eine große Summe von Intelligenz dem gewerblichen Mittelstand nutzbar wird, die sonst verloren geht.“ Man wird dieser Auffassung der deutschen Lehrerschaft die innere Berechtigung nicht wohl absprechen können.

**Handel und Verkehr.**

**Mitteldeutscher Brauntobackmarkt im Monat Dezember 1913.** Der Deutsche Brauntoback-Industrie Verein in Halle a. S. gibt folgenden Überblick über den Geschäftslauf. Die allgemeine Lage im mitteldeutschen Brauntobackergewerbe hat sich in der Berichtzeit gegen den Vormonat verschlechtert; auch gegen die gleiche Zeit des Vorjahres war im allgemeinen Rückgang bemerkbar. Der unelastische Geschäftsgang ist nun endlich durch den schlechten Absatz in Hausbrandröstkern infolge des andauernden niedrigen Preises merklich gemindert. Die Nachfrage nach Rohrohrlieferung ist noch eher zufriedenstellend. Der Rohrohrlieferer ist ebenfalls ebenfalls zu wünschen übrig. Mitgeteilt hat hierbei der Umstand, daß die Zuckerfabriken gegen Mitte Dezember bereits ihre Kampagne beendet hatten. In der Spreiteisen lag das Geschäft still. Der Verkauf an Kaffee und Paraffin war zufriedenstellend, ebenso der Absatz an Öl und Nebenerzeugnissen.

**Vermischtes.**

\* **Schweres Bootsunfall auf dem Bodensee.** Einem schweren Bootsunfall fielen in der Nähe von Wangen am Montag vier Menschenleben zum Opfer. Vier Männer, die täglich mit einem Kahn nach Wommern fuhren, wo sie in einer Schreinerlei arbeiteten, kamen in einer Kahnfahrt bei Rothorn unter. Der Kahn stieß sich mit Wasser und sank. Die Leute konnten bei der Räte, es berührte 8 Grad unter Null, nicht viel ausrüsten. Zwei der jungen Leute deren Körper bei der ersten waren, fanden dort hilflos unter und ertranken. Die beiden anderen konnten sich am Kopf festhalten und wurden von den Brüdern, die auf ihrer Hilfe herbeigeeilt waren, nach längerer Zeit geborgen. Der eine von ihnen farb jedoch noch auf dem Transport ans Land, während der andere bald nach der Ankunft auf dem Lande verstarb.

\* **Schwerer Unfall eines Automobilomnibusses in London.** Ein Automobilomni, auf dem sich eine zahlreiche Gesellschaft von Angestellten einer Fabrik befand, die ihn zur Fahrt nach einem Fußballmatch gemietet hatte, fuhrte am Sonnabend in der Kensington Road vor einem anderen infolge Schlipfrigkeit des Solspalters um. Sämtliche achtzehn auf dem Weg befindende Personen wurden gegen die Mauer des Carl West-Cotels geschleudert und erheblich verletzt. Auch die im Innern befindlichen Passagiere kamen zu einer Menge schwerer zu Schaden. Fünfzehn Männer und sechs Frauen mußten ins Spital geschafft werden, mehrere von ihnen in bewußtlosem Zustand.

\* **Geständnis des Mörders des Försters Knoche.** In Wittenhausen wurde der Mörder des Försters Knoche, Fuhrmann, an den Tatort geführt, wo ein Augen-Heilmittlerm Herrmann. Fuhrmann hat seit diesem Termin ein Geständnis bejaht, abgesehen daß er den Förster Knoche, der ihn verlor, aus einer Entfernung von 6 bis 8 Metern erschossen habe. Es fanden ferner in Klein-Amrode in einem Wirtshaus eine Reihe von Feigenvernehmungen statt.

\* **Hinrichtung eines Mörders.** Aus Hildesheim wird gemeldet: Der Diebsteck Marx aus Großbröhl, der die Dienstadt Auguste Altschlag aus Barchfeld, mit der er ein Liebesverhältnis unterhielt, ermordet hatte und feierlich zum Tode verurteilt wurde, ist am Sonnabend früh 8 Uhr hingerichtet worden.

**Was Könige rauchen.**

In der Summe, die Monarchen alljährlich für ihren persönlichen Bedarf an Zigarren und Zigaretten ausgeben, reicht wohl, zu erzählt eine englische Zeitschrift, der Bar an der Spitze, denn er und der junge König von Spanien sind unter den Fürsten Europas die leidenschaftlichsten Raucher. Der Bar raucht fast ausschließlich türkische Zigaretten, die besonders für ihn hergestellt werden und von denen das Stück ihn wohl auf 3 Pf. zu sehen kommt. Aber der Kaiser aller Deutschen verwehrt sich nicht täglich 40 bis 50 Zigarren zu rauchen. Zigaretten-Liebhaber ist auch König Alfonso, aber er ist in seinem Geschmack allgemeiner; er raucht je ziemlich alle Arten: Türken, Ägypter, Russen und bisweilen auch Sabanna-Zigaretten. Für ihn werden die Zigaretten bei einem Londoner Tabakfabrik angefertigt und 2400 Pf. im Jahre in das Reich für den Kaiser für diese Lebensarbeit spendet. Der deutsche Kaiser, so will das englische Blatt wissen, raucht mit besonderer Vorliebe sehr große lange Sabanna-Zigarren und von ihnen im Tage nahezu 10 Stück; der Preis von diesen Zigarren soll zwischen 1,50 und 2 Pf. schwanken. Allein in seiner Vorliebe für harte sizilianische Zigarren wurde er von dem verstorbenen König Christian IX. von Dänemark übertroffen. Man wird diese Angabe von Sabanna-Zigarren rauchen; besonders für ihn

hergestellte Zigarren von nahezu 30 Zentimeter Länge und 5 Zentimeter „Cailla“. Diese Import-Zigarren folgten Stück um Stück 5 Pf. und nur ein sehr fröhlicher Raucher konnte in etwa 1/4 Stunden einen Stammel machen. Kaiser Franz Josef liebt leicht erstickende Virginia tren, aber er raucht besonders starke Gremplare. Früher genoss er täglich 20 bis 25 „Gipsdelfen“, aber in letzter Zeit haben die Argie ihr „Beto“ eingelegt und eine Herababgabe des Maßes durchgesetzt. Der einjähige König, der neben Zigarren auch gern die Pfeife raucht, ist der letzte Herrscher Großbritanniens König Georg

**Was Kriege kosten.**  
348 000 Tote und Verwundete — das ist die erschütternde Bilanz, die Alfred S. Fried in seiner positivsten Chronik „Der Weg zum Weltfrieden im Jahre 1913“ aus den Balkankriegen zieht. Die härtesten Verluste hat Bulgarien mit 140 000 Mann aufzuweisen, dann kommt die Türkei mit 100 000, und selbst das kleine Montenegro hat 8000 Mann an Toten und Verwundeten zu beklagen. Ihren Landesgewinn von 116 000 Quadratkilometern haben die Balkanstaaten mit mehr als vier Milliarden Franken an Kriegskosten zu bezahlen; die Türkei mußte für ihre Verteidigung zwei Milliarden aufwenden, so daß jeder Quadratkilometer eroberten Landes etwa 5000 Franken kostet. In vielen Staaten kommen dann die Kosten der Kriegskosten und Kosten, die die Bevölkerung zu tragen haben werden; ein neuer Beweis für die Behauptung, daß sich der Krieg auch wirtschaftlich nicht mehr bezahlt macht. An diese Bilanz knüpft der bekannte Vorkämpfer der Friedensbewegung eine Aufzählung der Kosten, die die Kriege der letzten 15 Jahre, seit dem Burenkrieg, verursacht haben und die Aufwendungen, die im unmittelbaren Anschluß daran für Kriegswunden gemacht wurden. Hier ergibt sich eine Summe von 22 Milliarden Mark, die in diesen wenigen Jahren durch Kriege und Kriegsrückstellungen der Wirtschaft entzogen worden sind.

**Neueste Nachrichten.**

**Bahli des Präsidiums.**

Berlin, 13. Jan. Im Lagerbauernhaus wurde heute auf Beschluß des Abg. Freiherrn v. Helff das bisherige Präsidium, Graf Scherwin-Schubert als Präsidium, Dr. Forst als erster Vizepräsident und Dr. von Kranze als zweiter Vizepräsident, durch Jura wieder gewählt.

**Aus Albanien.**

Balona, 13. Jan. Zwischen der Gendarmerie und Anhängern Eshad Paschas kam es noch den Schamüheln der letzten Tage gestern zu einem ersten Kampfe bei Godolech, bei dem die Aufständischen geslagen wurden.

**Zur Lage in Mexiko.**

Washington, 13. Jan. Der Streuer „Des Moines“ hat Befehl erhalten, an die Distrikte Mexikos zu gehen. Sein geringere Teilung gestattet ihm, Höhen anzusehen, die für Kriegszwecke zu leicht sind.

**Zöllischer Fliegerabsturz.**

Santiago, 13. Jan. Der Fliegerleutnant Mery ist aus 200 Meter Höhe abgestürzt und war sofort tot.

**Von einer Futtwelle unter Wasser gefest.**

New York, 13. Jan. Nach einem Telegramm aus Lima ist Callao von einer Futtwelle unter Wasser gefest worden. Um Mitternacht wurde ein Erdbeben verspürt. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

**Verkehrshörung.**

Amsterdam, 13. Jan. Dainwin haben den Tunnel an der Straße Schurmeijer-Gallenstein vergrößert. Die Leistungen in Dainwin sind gestiegen, so daß der gesamte Telefon- und Telegraphenverkehr auf mindestens acht Tage unterbrochen ist. Infolge des Schneeeises hat sich eine Reihe von Unfällen ereignet.

**Streit der Rechtsanwält.**

Genua, 13. Jan. Nach dem Vorhabe Turins und Mailands haben die Rechtsanwält in Genua beschlossen, von heute ab wegen der unruhigen Verhältnisse in den Gerichtsstolalen und wegen des Richteramfels in den Streit zu treten.

**Getreide- und Produktenverkehr.**

Berlin, 12. Januar.  
Weizen lof. inf. 184 00 — 186 00 Pf.  
Roggen lof. inf. 156 00 Pf.  
Saker feinf. 180 00 — 183 00 Pf., do. mittel 154 00 bis 168 00 Pf.  
Weizenmehl Nr. 00 brutto 22 00 — 27 00 Pf.  
Roggenmehl Nr. 0 und 1 19 10 — 21 40 Pf.  
Gerste inf. leicht 189 00 — 146 00 Pf., do. schwerer frei Wagen und ab Bahn 116 00 — 144 00 Pf., do. russische frei Wagen leicht 188 00 — 185 00 Pf.  
Krausen klein netto ab Mühle eptl. Sack 10,10 bis 10,80 Pf.  
Weizen klein frei netto eptl. Sack ab Mühle 10,50 bis 11,00 Pf., do. fein netto eptl. Sack ab Mühle 10,50 bis 11,00 Pf.

**Wiedmarkt.**

Leipzig, 12. Jan. Bericht über den Schlachtviehmarkt auf dem städtischen Viehhofe in Leipzig. Auftrieb: 690 Rinder, und zwar 105 Ochsen, 177 Bullen, 45 Kalben, 295 Kühe, 6 Stiere, 276 Fähe, 288 Schafe, 3200 Schweine, aufammen 4734 Tiere (Beize für 50 kg in Markt) Schlachtgewicht: Ochsen, Qual. I. 196, II. 196, III. 185, IV. 80, V. —; Bullen, Qual. I. 89, II. 87, III. 86, IV. 88 V. —; Kalben und Kühe, Qual. I. 93, II. 89, III. 80, IV. 74 V. 70; Stiere (eering anerbühten Jungtiere) 88; Schweine, Qual. I. 63, II. 63, III. 66, IV. 62; Lebergeschwät: Rinder, Qual. I. —, II. 63, III. 64, IV. 67, V. —; Schafe, Qual. I. 50, II. 47, III. 47, V. —; Geflügel: angs Rinder, Schafe und Schweine langsam, Räder mittelmähe.





## Zweite Beilage.

### Stadtverordneten-Sitzung.

Merseburg, 12. Januar 1914.

Der ersten Sitzung im neuen Jahre wohnten von Magistrat bei: Bürgermeister Dr. Haacke, die Stadträte Barth, Berger, Lautenburger, Schmidt, Thiele und Wolff, vom Kollegium waren 24 Stadtverordnete erschienen, sowie die neugewählten Stadträte Richter, Dr. Richter, Landesrat Muprecht, Kaufmann Dohli und Hausmann Bod.

Bürgermeister Dr. Haacke nahm sofort die Einführung der neugewählten Stadterordneten vor. In seiner Ansprache gab er zunächst dem Wünsche Ausdruck, daß sich auch im neuen Jahre die gemeinsame Arbeit der städtischen Organe recht glänzend und zufriedenstellend gestalten und noch weiter erhofft, zum Erfolg beschieden sein möge. Am Beginn einer jeden neuen Arbeit, so fuhr der Bürgermeister weiter fort, gesient es sich, auf das vergangene Jahr einen

#### Rückblick

zu werfen. Das Jahr 1913 stand im Zeichen der vaterländischen Erinnerungstage, die in ganz Deutschland in erster und würdiger Weise begangen wurden. Auch in unserer Vaterstadt Merseburg hatte die Feier ein besonderes Gepräge und die Flammen patriotischer Begeisterung gingen in diesen Tagen besonders hoch. Unvergessen ist uns die erhabene Feier in der Turnhalle am 10. März, die Feier des 25jährigen Regierungsjubiläums unseres erhabenen Kaisers und die nachfolgende nationale Gedenkfeier an der Ehrenhalle am 27. Oktober. Ein solch freudiges und einmütiges Festmahl trennt vaterländischer Gesinnung war besonders notwendig, wo wir im vergangenen Jahre die schweren Schäden und Folgen kriegerischer Verfehlungen in erschreckender Deutlichkeit auf dem Balkan beobachtet durften.

Im vergangenen Jahre konnten wir in Deutschland unter dem Schutze eines ehrenvollen Friedensgeistes uns ganz der Aufgaben der kommunalen Verwaltung widmen. Was hier geschaffen worden ist, können wir mit Befriedigung überblicken. Das neue Gaswerk ist in Betrieb genommen worden. Die Erwartungen, die wir daran knüpfen, sind nicht gekümmert worden. Der Stahlstahl konnte wie bisher hergestellt werden. Die Abwehr des Hochwassers ist durch die Vollendung des Hausausstrahen-Durchbruchs eine Verbesserung erfahren, wobei man dafür Sorge trug, das alte Feuerschiff dort möglichst zu erhalten. Die enormen Schwierigkeiten des Umbaus des alten Rathauses sind im wesentlichen beseitigt. Gute Räumlichkeiten haben wir schließlich in unserer Stadt geschaffen. Jeder Merseburger wird sicherlich mit Stolz und Freude erfüllt sein, daß dieser Zeuge vergangener ehrwürdiger Zeiten in so vielstündlicher und wohlgeleiteter Weise erhalten und in solchen Zwecken dienlich gemacht worden ist. Der Frage ehrwürdiger Vergangenheit und der Erhaltung von Denkmälern in unserer Stadt galt auch die Entscheidung des Heimatvereins. Dort gebührt hierfür unseren hochverehrten Mitgliedern, Schriftführer Dietrich und Maurermeister Graul sein, sowie den Männern des Heimatvereins, die ihr Wissen und Können in den Dienst der Allgemeinheit stellten.

So hat die vergangene vieles und bedeutungsvolle im vergangenen Jahre geschafft. Sie ist nicht müde gewesen, sondern ist ständig fortgeschritten. Auch im kommenden Jahre soll es nicht stillstehen. Volle Aufmerksamkeit erfordert

#### der Neubau einer Volksschule.

Der von der Regierung als unaufschiebbar bezeichnet worden ist, und die Ausführung der recht erheblichen Ausgaben sicher zu stellen. Bei allen Aufgaben muß nachgegangen sein, ein gesundes Wirtschaftswesen zu erreichen und die Notwendigkeit, weise Sparmaßnahmen zu treffen. In diesen Zeiten einer unruhigen Konjunktur ist dies besonders notwendig.

Für Mitarbeit in diesen unruhigen Zeiten haben alle Männer wieder in das Stadtparlament entfaltet, die ihre Erfahrungen, Eingabe und Treue weiter in den Dienst der Stadt stellen wollen. Dankbar wollen wir den Herren gedenken, die ausgeschieden sind. An deren Stelle — aus Neugewählten gebildet — sind Sie getreten. Das Vertrauen Ihrer Wähler hat Sie zu diesem Ehrenamt berufen. Man erwartet von Ihnen, daß Sie ein warmes Herz und mit schlichter Sprache Ihr ganzes Können in den Dienst der Verwaltung stellen. Aus den verschiedenen Gruppen und Kreisen der Bürgerschaft hervorgegangen, gilt es hier, nicht Sonderinteressen zur Geltung zu bringen, sondern nach bestem Gewissen und mit freimütiger Überzeugung der Allgemeinheit zu dienen. Wenn Sie diese Richtlinien verfolgen, wird Ihnen Ihre Arbeit stets innere Befriedigung verleihen!

Durch Ausschlag an Eidesstatt erfolgte sodann die Verpflichtung der neu gewählten Stadterordneten, worauf auch stellvertretender Stadtrichter Zeigler, auch in bezüglichen Worten die neuen Kollegen begrüßte. Auch er wies auf die vielerlei Aufgaben der Stadterordneten hin, die viel Zeit und Mühe erfordere. Es gelte aber vorwärts zu streben, wozu wir schon durch die Nachbarstädte mehr als andere Städte gezwungen sind. Keinem zu Liebe, keinem zu Leide, mußte stets Rücksicht für jeden Stadterordneten bleiben.

Immer mühe beachtet werden, die Steuerkraft der Bürger nicht nur zu sehr zu belasten. Anschließend erfolgte die Ausbändigung der Geschäftsordnung, womit die feierliche Einführung der neuen Wähler beendet war.

2. Wahl eines Vorrichters, eines Schriftführers und ihrer Stellvertreter. Die Wahl des Vorrichters erfolgte durch Stimmzettel und zwar fielen alle Stimmen auf den Stadt. Richter, 3 Stimmen fielen unbenutzt. Der Stadt. Richter dankte für das bewiesene Vertrauen, ihm das ehrenvolle und verantwortungsvolle Amt eines Stadterordneten-Vorrichters zu übertragen, bat aber, heute von ihm keine Aufgabe zu verlangen, da er als Beamter erst mit seinem Chef Rücksprache nehmen müsse. In einigen Tagen hoffe er eine bestimmte Erklärung abgeben zu können.

Die Stadterordneten wurden hiermit einverstanden. Auf Vorschlag des Stadt. Richter wurde auch die Wahl des stellv. Vorrichters ausgesetzt, dagegen wurde die Wiederwahl des Stadt. Schröder als Schriftführer und des Stadt. Cize als Stellvertreter durch Zuruf vorgenommen; sie erfolgte einstimmig.

3. Wahl der Wahlkommission. Die Wahl mußte durch Stimmzettel vorgenommen werden. Die Ausföhrung ergab folgendes Resultat: Die bisherigen Mitglieder, die Stadterordneten Graul, Zeidmann, Scholz, Schröder, Frauenheim und Rigow wurden einstimmig wiedergewählt.

Für die Wiederwahl des Stadt. Günther, der der Kommission seit Jahren angehört, war diesmal keine Verfügung vorhanden, er erhielt 11 Stimmen, ebenso Stadt. Volkart. Drei Stimmen erhielt Stadt. Juch und zwei Stadt. Schenke. Es mußte also nochmals zur Wahl geschritten werden, in der die Stadt. Volkart und Günther die meisten Stimmen (13 und 10) auf sich vereinigten, aber keine Mehrheit erreichten. Am dritten Wahlgang endlich wurde Stadt. Volkart als stellvertretender Vorsitzender der Wahlkommission mit 15 Stimmen gewählt. Stadt. Günther fiel mit 11 Stimmen aus.

4. Entlastung der Rechnung der Haushaltungsschule für 1912. Berichterstatter Stadt. Rigow. Die Rechnung schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 2595 M., gegen das Vorjahr mehr 75 M. Die Ausgaben mußten vollständig von der Kämmerei getragen werden.

#### 5. Festsetzung von Haushaltsplänen.

Berichterstatter Stadt. Scholz: Die Einnahme verzeichnet 85 500 M., die Ausgabe ebenfalls 85 500 M., darunter zur Verfügung der Stadtgemeinde 28 000 M. wie im Vorjahre.

h) Der Haushaltungsplan: Einnahmen und Ausgaben gleichen sich mit 42 140 M. aus. Der Berichterstatter wünschte hierbei, daß im nächstjährigen Haushaltsplan der Posten „Merseburger“ aufgelöst werde.

c) Der Volksschulen: Die Kasse schließt ab in Einnahme mit 12 250 M., in der Ausgabe mit 13 200 M., das Vorjahr mit 11 250 M., gegen das Vorjahr mit 103 700 M. geleistet werden muß. Für Lehrerbefehlinger sind eingestell 110 262 M., gegen das Vorjahr mehr 3741 M. Dieser Mehrbetrag ist durch die Gewährung der Ortszulagen entstanden. Da diese Anlage noch nicht genehmigt ist, wurde dieser Betrag unter Vorbehalt genehmigt. Zum ersten Male erscheint im Haushaltsplan unterricht an Volksschulen.

Berichterstatter Stadt. Eichardt:

6a) Der Mittelschule: Das Schulgeld ist in den Haushaltsplan als Einnahme mit 48 000 M. eingestellt unter der Voraussetzung, daß die Erhöhung des Schulgeldes, die etwa 11 000 M. beträgt, die Genehmigung der Verammlung findet. Erfolgt die Zustimmung nicht, dann erhöht sich der Zuschuß aus der Kämmereikasse um diesen Betrag. Auch für die Mittelschule sind 50 M. für die Erstellung von Schwimmunterricht vorgezogen. Die Einnahme schließt ab mit 77 750 M., die Ausgabe mit 127 750 M., so daß ein Zuschuß aus städtischen Mitteln von 50 000 M. geleistet werden muß, gegen das Vorjahr 250 M. mehr. In händlichen Veränderungen ist ferner die fernere Verfertigung einer Treppe in der Mittelschule vorgezogen, die allein 2000 M. erfordert. Die zweite Treppe soll im nächsten Jahre umgebaut werden. Für Antritt der Klassenämter, Inhabendamtlich, Reparaturen und Erweiterung der Bedürfnisanstalt sind weiter 750 M. in Ausgabe gestellt, insgesamt als einmahlige Ausgabe 3250 M.

Stadt. Schenke bemerkte, derartige umfangreiche Arbeiten müssen in einer besonderen Vorlage eingebracht werden. Er wolle diesmal abgeben, einen dahingehenden Antrag zu stellen, da die Arbeit dringend sei. Im Januar würde er hierüber berichten. Die Genehmigung der Verammlung findet. Erfolgt die Zustimmung nicht, dann erhöht sich der Zuschuß aus der Kämmereikasse um diesen Betrag. Auch für die Mittelschule sind 50 M. für die Erstellung von Schwimmunterricht vorgezogen. Die Einnahme schließt ab mit 77 750 M., die Ausgabe mit 127 750 M., so daß ein Zuschuß aus städtischen Mitteln von 50 000 M. geleistet werden muß, gegen das Vorjahr 250 M. mehr. In händlichen Veränderungen ist ferner die fernere Verfertigung einer Treppe in der Mittelschule vorgezogen, die allein 2000 M. erfordert. Die zweite Treppe soll im nächsten Jahre umgebaut werden. Für Antritt der Klassenämter, Inhabendamtlich, Reparaturen und Erweiterung der Bedürfnisanstalt sind weiter 750 M. in Ausgabe gestellt, insgesamt als einmahlige Ausgabe 3250 M.

Stadt. Schenke bemerkte, derartige umfangreiche Arbeiten müssen in einer besonderen Vorlage eingebracht werden. Er wolle diesmal abgeben, einen dahingehenden Antrag zu stellen, da die Arbeit dringend sei. Im Januar würde er hierüber berichten. Die Genehmigung der Verammlung findet. Erfolgt die Zustimmung nicht, dann erhöht sich der Zuschuß aus der Kämmereikasse um diesen Betrag. Auch für die Mittelschule sind 50 M. für die Erstellung von Schwimmunterricht vorgezogen. Die Einnahme schließt ab mit 77 750 M., die Ausgabe mit 127 750 M., so daß ein Zuschuß aus städtischen Mitteln von 50 000 M. geleistet werden muß, gegen das Vorjahr 250 M. mehr. In händlichen Veränderungen ist ferner die fernere Verfertigung einer Treppe in der Mittelschule vorgezogen, die allein 2000 M. erfordert. Die zweite Treppe soll im nächsten Jahre umgebaut werden. Für Antritt der Klassenämter, Inhabendamtlich, Reparaturen und Erweiterung der Bedürfnisanstalt sind weiter 750 M. in Ausgabe gestellt, insgesamt als einmahlige Ausgabe 3250 M.

#### Ortszulagen für Lehrpersonen

ist dieser Tage die Antwort der Nal. Regierung eingegangen, wonach Bedenken getragen werden, die Genehmigung der Ortszulagen der Zeit der Kriegszeit zu erteilen. In der Verbindung dieses abnehmenden Standpunktes wird wörtlich ausgesprochen:

Nach dem § 20 des Lehrerbefehlungsgeleges vom 26. Mai 1909 kann die Gewährung von Ortszulagen von sämtlichen Lehrkräften oder einzelnen der im Gesetz bezeichneten Arten erfolgen. Die Gewährung der Zulage an einzelne oder eine Gruppe von Lehrpersonen einer Kategorie unter Ausschluß der übrigen zu derselben Kate-

gorie gehörenden Lehrpersonen erscheint sonach nicht zulässig. Wie sich aus den Kommissionsverhandlungen bei Beratung des Lehrerbefehlungsgeleges ergibt, entspricht es nicht dem Sinne des Geleges, daß den Lehrern allein Ortszulagen gewährt werden, den Lehrkräften aber nicht. Wir — die Regierung — müssen sonach grundsätzlich an der Forderung festhalten, daß die Lehrkräften hinsichtlich der Gewährung von Ortszulagen den Lehrern gleichgestellt werden. Nur durch den Nachweis, daß die besonderen Verhältnisse des Schulverbandes eine verchiedene Behandlung der Lehrer und Lehrkräften rechtfertigen, könnte die dortige Vorlage gestützt werden.

Nachdem noch einige Stadterordnete für und gegen die Einstellung der Ausgaben für die baulichen Veränderungen in den Haushaltungsplänen gesprochen hatten, wurde der Magistrat Dr. Haacke als Vorsitzender angenommen und die Beratung der Tagesordnung fortgesetzt.

b) Der gewerblichen Fortbildungsschule. Der Zuschuß aus städtischen Mitteln beträgt 9872 M. Die Einnahmen und Ausgaben gleichen sich mit 18 965 M. aus, gegen das Vorjahr mehr 2550 M.

c) Des Vorkursus: Die Einnahme und Ausgabe betragen sich auf 59 000 M., gegen das Vorjahr 8300 M. weniger. Es muß ein Zuschuß aus städtischen Mitteln von 21 050 M. geleistet werden. Im einmaligen Ausgaben sind 800 M. vorgezogen.

d) Stiftungen und Vermächtnisse: Die Einnahmen und Ausgaben gleichen sich aus. Gegen das Vorjahr sind in diesem Haushaltsplan keine Veränderungen zu verzeichnen.

Berichterstatter Stadt. Graul:

7a) Der Haushaltungsplan: Einnahme und Ausgabe schließen ab mit 3720 M.

b) Der Kinderhort: Es ist ein Knaben- und Mädchenhort eingerichtet worden. Die Einnahmen und Ausgaben betragen für beide 2255 M.

Berichterstatter Stadt. Zeidmann:

8a) Der kaufmännischen Fortbildungsschule: Die Einnahmen und Ausgaben schließen ab mit 2250 M.

b) Der katholischen Volksschule: Die Kasse gleicht sich in Einnahme und Ausgabe mit 6742 M. aus, gegen das Vorjahr 250 M. mehr. Der Zuschuß aus städtischen Mitteln beträgt 5560 M.

c) Des Nahrungsmittel-Unterrichtungsamtes: Einnahme und Ausgabe verzeichnen 2750 M.

8. Sämtliche Haushaltspläne fanden die Genehmigung der Verammlung.

#### 9. Einholung eines Gutachtens über die Wasser-Verhältnisse des hiesigen Wasserwerks.

Berichterstatter Stadt. Richter: Der ständige Erbauung des Wasserwerks, Berichterstatter der Wasserwerksdeputation eine eingehende Prüfung der Anlage für notwendig, um dann auf Grund des erstatteten Sachverständigengutachtens Abhilfemaßnahmen in Vorschlag zu bringen. So viel bis jetzt festgestellt werden konnte, enthält das Wasserwerk zu viel Eisen und Mangan. Mit der Beauftragung soll Dr.-Ing. Kienz in Leipzig, ein bekannter Wasserfachmann, betraut werden. Die Kosten sind auf 80 bis 150 M. veranschlagt. Der Magistrat bat zugestimmt.

Stadt. Volkart regte an, das hiesige Nahrungsmittel-Unterrichtungsamt mit der Deputation zu beauftragen. Bürgermeister Dr. Haacke erwiderte, daß die Unterordnung durch das Amt wiederholt geübt sei. Dort ist festgestellt worden, daß das Wasser einen reichlichen Eisen- und Mangangehalt, Erscheinungen, die von Standpunkte des Hygienikers als nicht gesundheitsgefährlich zu bezeichnen sind. Die vereinzelt Ertrübungen sind auf zum Teil enge Röhre und die sog. roten Stränge zurückzuführen. Als um die Beamtentätigkeit zu prüfen, soll ein Wasserfachmann mit der Erlangung eines Gutachtens beauftragt werden. Stadt. Berner bemerkte, wenn der Wasserstand sich hebt, werden auch die nachteiligen Erscheinungen in unserem Wasser wieder vermehren. Stadt. Richter bat die Sachverständigen für Wasserfachmann in Dahlen bei Berlin. Diese sei weit weg und weniger als durch einen Wasserfachmann. Stadt. Rigow stimmte diesen Ausführungen zu und stellte einen dahingehenden Antrag. Bürgermeister Dr. Haacke konnte erwidern, daß die Unterordnung durch die genannte Landesanstalt bereits erfolgt ist. Diese behält die gesamten Anlage durch einen Wasserfachmann, um im Interesse der Gesundheit Abhilfemaßnahmen in Vorschlag zu bringen.

Der Magistratsantrag wurde schließlich angenommen. 10. Der Antrag zu dem Drucksatz vom 26. XII. 1913. — Herabhebung des Schulgeldes von 20 M. auf 15 M. — fand die erforderliche Genehmigung. Berichterstatter Stadt. Dohli witz:

11. Verwendung des Geldes von dem Generalleutnant z. D. von Krosigk zugunsten des Vermögens. Berichterstatter Stadt. Frauenheim. Der Antrag des Magistrats sollen die Hufen des 5000 M. betragenden Vermögens nicht verteilt werden, sondern werden veräußert und der Erlös zugunsten eines Anstaltens eines Fonds zur Errichtung eines neuen Armenhauses. Die Regierung ist hiermit einverstanden. Die Verammlung genehmigte die Vorlage.

Somit war die Tagesordnung erschöpft. — Schluß der Verhandlungen 8 50 Uhr abends.

## Vermischtes.

\* Selbstmord bei der Verlobung. Der vor einigen Tagen nach dem Hause Thierstätte in Berlin bezogene Maurer Binder sollte dieser Tage auf dem Weg zum Staatsanwaltschaft wegen Selbstverlebens verhaftet werden. Als die Beamten in der Wohnung erschienen, fanden sie nach dem Unterdrückungsgelegen zu schaffen, ergriff B. ein Messer und durchschnitt sich damit die Kehle. Die Beamten schafften den Schwerverletzten nach der Unfallstation in der Barfüßner Straße, doch starb er bereits auf dem Transport.



# Correspondent.

**Bezugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.**  
Abnahme von unten: Abnahme bei Bestellung im Voraus; bei Bestellung im Nachhinein auf den Monatsanfang. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal, nur an den Sonntagen und Feiertagen. — Nachdruck anderer Originalarbeiten ist nur mit schriftlicher Genehmigung gestattet. — Für Rückgabe unempfangener Exemplare übernimmt nur keine Verantwortlichkeit.

**Wöchentliche Gratisbeilagen:**  
8seitig illust. Unterhaltungsblatt  
m. neuest. Romanen und Novellen.  
4seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.  
mit neuesten Marktnotizen.

**Anzeigenpreis:** für die erste Zeile über dem Raum für Werbung und Werbung  
Umgebung 10 Pf., für die folgenden 25 Pf., auswärts von 10  
20 Pf., in der Umkreisung 40 Pf. Bei langfristiger Werbung nach Vereinbarung.  
Geld für Einzelbeilagen nach Vereinbarung. Für Nachverträge und Offertenannahme  
bestimmter Werbung, nach Vereinbarung mit dem Verlag. —  
Kann man sich für größere Beilagen mit nur 10 Pf. bezahlen, können  
Anzeigen bis höchstens 9 Uhr. Samstagsabende bis 10 Uhr vorzubringen.

Ar. 11.

Mittwoch den 14. Januar 1914.

40. Jahrg.

## Die Novelle zum Landesverwaltungs-Gesetz,

die in vergangener Woche dem Herrenhause vorgelegt worden ist, beruht auf den Beratungen jener bekannten Immediat-Kommission, die die Regierung im Jahre 1909 eingesetzt hat. Nachdem zunächst im Verordnungswege neue Grundzüge für die vereinfachte Geschäftsordnung der Regierung, nachdem jedoch im Jahre 1912 Gesetzesbestimmungen betreffs Erleichterung der Rechnungslegungsarbeit geschaffen worden sind, nachdem endlich auch eine neue Hinterlegungsordnung Anfang vorigen Jahres zustande gekommen ist, wird jetzt eine umfassende Novelle zum Landesverwaltungs-Gesetz vorgelegt, die gleichfalls in wesentlichen Teilen aus tatsächlichen Vorschlägen der Immediat-Kommission hervorgegangen ist. In dem wir uns vorbehalten, auf Einzelheiten des Gesetzesentwurfes zurückzukommen, erwähnen wir heute nur in großen Zügen, welche Reformen er einzuführen beabsichtigt ist.

Er bezweckt eine erhebliche Erleichterung und Beschleunigung der Geschäftserledigung durch weitgehende Vereinfachungen des Verfahrens der Geschäftsabfertigung, sowie durch Änderungen des Disziplinarverfahrens. Den Sitzungsdiens bei den hohen Verwaltungsbehörden soll die Zulassung schriftlicher Geschäftsentscheidungen erleichtern.

Die Vereinfachung des Verfahrens des Disziplinarverfahrens, in dem das sogenannte Bureau-System in allen Geschäftskreisen der Regierung eingeführt wird. Beabsichtigt wird damit, der gesamten Regierung eine einheitliche Verfassung unter einheitlicher verantwortlicher Leitung zu geben, die die Starbheit der gesetzlichen Abteilungsabgrenzung, die eine zweifelhafte Verteilung der Arbeitslast und gleichmäßige Ausnutzung der vorhandenen Arbeitskräfte vielfach hindert, zu beseitigen und der Behörde eine größere innere Beweglichkeit zu schaffen. Da dieser Teil des Gesetzes allgemein interessiert, so geben wir den Artikel 5 hierunter wörtlich wieder. Er lautet:

An die Stelle der Paragraphen 17 bis 27 des Gesetzes...

Hierzu ist noch hervorzuheben, daß nach einer anderen Bestimmung der neuen Novelle für eine Anzahl von Geschäften der Schulverwaltung, die auch bei ferneren Dezentralisationen unter allen Umständen in der Regierungsinstantz verbleiben sollen, die beschließende Mitwirkung der Regierungsbetreiber unmittelbar vorgeschrieben wird, während sonst nach § 17 die Geschäfte, bei denen den Regierungsmitgliedern ein mitentscheidendes Votum belassen wird, durch königliche Verordnung bezeichnet werden müssen. Bei dieser Gelegenheit sei gleich betont, daß ein wichtiger Teil der Verwaltungsreform, nämlich die Dezentralisation, in der vorliegenden Novelle wenig Beachtung gefunden hat. Man darf annehmen, daß dieser Mangel in einem späteren Gesetz ausgeglichen wird.

Der besseren organisatorischen Anpassung der Behörden an ihre Aufgaben sollen Vorschriften dienen über die Bildung der Kammer für Abgabesachen, über die Abteilungsabfertigung bei den Bezirksausschüssen, über die Sitzungspräsenz bei den Beschlußbehörden für gewisse Angelegenheiten und über die erleichterte Herbeiziehung technischer Beratung, endlich über die Einrichtung eines Disziplinarverfahrens, das die Vollversammlung der Regierung im Disziplinarverfahren erliegen soll.

Die Auflösung der Generalkommission in Königsberg und Übertragung der Generalkommissionsgeschäfte auf die obersten Gerichte und auf ordentliche Behörden der allgemeinen Landesverwaltung soll durch Beilegung des Dualismus im Verwaltungswesen, bei der Rentenausbildung und bei der inneren Kolonisation — zunächst in den Provinzen Ostpreußen, Westpreußen und Posen — dazu beitragen, in diesen Geschäftszweigen die nötige Einheitlichkeit der Regierungstätigkeit zu sichern. Zur Durchführung dieses Punktes des Reformplans wird ein besonderes Gesetz erforderlich.

In den Abschnitten über die „Rechtsmittel gegen polizeiliche Verfügungen“ und über die „Zwangsbefugnisse“ bringt der Entwurf endlich auch Vereinachung des Rechtsmittels und der Zuständigkeiten auf diesen allerdings beschränkten Gebieten.

## Zu den Verhandlungen der Kommission für Rüstungslieferungen

schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“:  
Die zweitägigen Verhandlungen der Kommission zur Prüfung der Rüstungslieferungen haben, wie die veröffentlichten Berichte dazum, in keiner Weise die Befürchtungen derer bewahrheitet, welche glaubten, daß mit dem Einsetzen der Kommission ein neuer Schritt auf dem Wege zum parlamentarischen System getan sei. Zudem der Staatssekretär des Innern noch einmal bestimmt und klar feststellte, daß die Aufgabe der Kommission nicht in einer Kontrolle der laufenden Verwaltung bestehen könne, sondern nur in einer Prüfung und Erörterung der Methoden, in der im Heer und in der Marine bei der Vergabe von Lieferungen verfahren werde, führte er die Kommission auf das Gebiet, auf dem sie auch nach der Überzeugung der Heeres- und Marineverwaltung wertvolle und dauernd nützliche Arbeit leisten kann. Die überaus lebhaften Verhandlungen, die in den beiden Sitzungstagen zwischen den der Kommission angehörenden Reichstagsmitgliedern und einer Reihe der Vertreter unserer größten wirtschaftlichen Betriebe stattfanden, führten im Rahmen der Kommissionsaufgaben zu Aussprachen, die auch vom allgemein politischen Standpunkte aus als wertvolle zu betrachten sind. Insbesondere gilt dies von der Klarstellung der Resolution, die der Reichstag bei der Verabschiedung der Wehrvorlage hinsichtlich der künftigen Art der Vergabe von Rüstungslieferungen gefaßt hat. Auf der anderen Seite zeigen die Aussprachen, mit welcher großer Mühe und Sorgfalt in den industriellen Betrieben an einer Vervollkommnung, insbesondere der

Kalkulationsmethode, gearbeitet wird, und damit an der Hebung der Wirtschaftlichkeit der einzelnen Unternehmung. Wenn auch schon bisher Heer und Marine eifrig bestrebt gewesen sind, durch Entsendung der mit dem technischen Betriebe beauftragten Beamten und Offiziere sich die Erfahrungen der Privatbetriebe nutzbar zu machen, so kann es doch keinem Zweifel unterliegen, daß gerade auf diesem Gebiete sehr Erprobliches von dem Zusammenarbeiten der beiden großen Militärverwaltungen mit den Vertretern der Industrie in der Kommission zu erwarten ist. Durch den Vorschlag des geschäftsleitenden Ausschusses der Kommission, für die wichtigsten Zweige der Rüstungslieferungen Referenten teils aus den Mitgliedern des Reichstags, teils aus den Vertretern der Industrie zu bestellen, die Hand in Hand mit den Referenten die Methode der Rüstungslieferungen prüfen, werden, wie schon jetzt zu erwarten ist, praktische Erfolge errungen, ungedrängter Angriffe entkräftet, und damit unter öffentlichen Augen beglückend Auseinandersetzungen ausgefohlet. Heer und Marine in ihrer nationalen Arbeit gefaßt und gefördert werden.

## Der Gedanktag des Herero-Aufstandes.

Nach hier eingetroffenen Telegrammen haben die Hereros durch Entschickung von Deputierten und durch Zerstörung der Eisenbahnbrücke bei Jona, etwa drei Kilometer südlich von Otjimbingwe, heute durch Unterbrechung der Telegraphenverbindung mit Windhut die Feindseligkeiten eröffnet.

Wie ein Blick aus heiterem Himmel schließt dieses Telegramm in der Frühe des 14. Januar vor 10 Jahren die Gemüter in Deutschland auf. Am 12. Jan. war ein allgemeiner Aufstand der kriegerischen Hereros losgebrochen, und eine Epoche schwerer Kämpfe begann in den Kolonien, die die Wille des Volkes zum ersten Male mit lebensgefährlicher Spannung nach der Bisher mit ziemlicher Gleichgültigkeit betrachteten Heimat im schmerzhaften Gedächtnis riefen, die deutsche Nation in ihrer Tiefe erregten und aus der bisherigen „Kolonialverdrossenheit“ aufrückten. Das sind die gegenwärtigen Folgen des großen Herero-Aufstandes gewesen, der zunächst einen fürchterlichen Schicksalsschlag für die junge Kolonie bedeutete. Die Überwindung war damals grenzenlos. Man glaubte, daß alles in Südafrika im tiefsten Frieden liegen, die mächtigen Stämme der Hereros und Hottentotten die alten Erbfeinde, die sich früher gegenseitig zerfleischt, hatten freiwillig miteinander Frieden geschlossen und schienen sich den deutschen Herren unterworfen zu haben. Aber dieser Friedensschluß zwischen Hereros und Hottentotten war gegen die Fremden Ergebenheit gerichtet gewesen; in ihm lag der Keim des großen Aufstandes von 1904; dies schloß sich nicht gewaltig, fast friedlich zu unterwerfen und seinen irdischen Freiheits- und Unabhängigkeitsstern zu entsagen. Sie wollten Selbstständigkeit und Untergang, und so griffen sie denn nach langen Vorbereitungen in einem günstig gewählten Augenblick zu den Waffen. Die günstige Gelegenheit zur Empörung bot sich, als im Herbst 1903 der größte Teil der Schutztruppe aus dem Hererolande nach dem äußersten Süden zur Unterwerfung der auffrischenden Bantubewohner geist war. Die Hereros, die im ganzen etwa 10 000 Mann stark waren, hatten mit fluger Berechnung ihre Absichten geheim gehalten und es gut verstanden, ihre inneren Gedanken vor den Deutschen zu verbergen, daß diesen der Ausbruch des Aufstandes völlig überraschend kam. Erst am 10. Januar trafen bedeutende Nachrichten von Zusammenrottungen ein, und die Nachrichten am 11. zeigten dann die Gefahr in ihrer ganzen Größe. Der Oberhauptling Samuel Maharero war aus Otjimbingwe vertrieben und mehrere hundert bewaffnete und berittene Hereros ritten gegen die Stadt heran. Die Eisenbahnbrücke bei Jona wurde zerstört, die Telegraphenverbindung mit Windhut abgeschnitten und die feste Otjimbingwe eingeschlossen.

Der Aufstand mußte seit langer Zeit vorbereitet und geplant worden sein; denn ziemlich gleichzeitig begannen die Hereros am 12. Januar, im ganzen mittleren Schutzgebiet alle Weihen, mit Ausnahme der Engländer und Missionare, zum Teil mit weißer Braunhaut zu ermorden, die Namen zu plündern und alles Vieh, dessen sie habhaft werden konnten, zu stehlen. Auch die Behörden waren durch diese Gräueltaten völlig überfordert. „Der Aufstand“, heißt es in einem Bericht des tsaifrischen Gouverneurs, „ist der Regierung wie den Missionaren und Anführern gleich unerwartet gekommen. In nie möglich gehaltener Weise haben die Hereros ihre Absichten zu verbergen gewußt und sind dann mit einem Schritze losgegegangen. Es war die reise häufigsten Weiser. Ich hätte niemals an einen elementaren Ausbruch geglaubt, wie er jetzt erfolgt ist.“ Durch die tat-



über die inländischen Druckerei und Druckerei, in der die...  
gibt eine andere Stellenbezeichnung an.